

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
 der Freien Stadt Danzig
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
 Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3600.

Nr. 229 | Sonnabend, den 1. Oktober 1921 | 12. Jahrgang

Polnische Mobilmachung?

Einberufung zweier Jahrgänge.

Der Kriegsminister gibt bekannt, daß die Einberufung der Jahrgänge 1899 und 1900 dem Demobilisierungspläne nicht widerspreche, sondern nur (?) die Abstellung der normalen Dienstpflicht bezwecke und eine übermäßige Verkleinerung der Truppenkontingente verhindern solle!

Rückkehr des polnischen Gesandten aus Sowjetrußland.

Der polnische Gesandte in Moskau Filipowitsch ist in Warschau eingetroffen. Die Abendpresse bezieht sich, dazu zu bemerken, daß dies keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeute. Dagegen sei eine durchgreifende Personalveränderung in der Moskauer polnischen Vertretung beabsichtigt. Die Abreise des polnischen Gesandten für die Sowjet-Ukraine nach Charkow ist verschoben worden, desgleichen das Eintreffen des ukrainischen Gesandten Schumski in Warschau. Der Ministerpräsident Bonikowski erklärt im „Journal de Pologne“, die polnische Politik gegen Rußland werde zwar guten Willen, jedoch Festigkeit, Konsistenz und Energie zeigen.

Eine Beruhigungsrede Trozkis.

Auf der Moskauer Truppenparade anlässlich der ersten Entlassung aus der roten Generalschule hieß Trozki eine Rede, in der er sagte: „Es ist noch zu früh, unsere Waffen niederzuliegen. Wir sind bereit, Rumänien jedes mögliche Zugeständnis zu machen, ebenso wie Polen, um den Frieden zu sichern. Die Kriegsgefahr ist daher gering.“

In Lemberg erfolgen im Zusammenhange mit dem Attentat auf Pilsudski zahlreiche Verhaftungen in ukrainischen Kreisen; der Chef der Warschauer Defensive (politische Geheimpolizei) begibt sich nach Lemberg. Der Zustand des Attentäters Fedak soll infolge der bei der Lynchjustiz erlittenen Verletzungen angeblich hoffnungslos sein. In Warschau werden für die Rückkehr Pilsudskis Operationen vorbereitet. Die Wirkung der Ankündigung Bonikowskis über eine Neuemission von 70 Milliarden äußert sich in katastrophaler Weise in den Börsenkursen: der Dollar stieg auf 6800 polnische Mark. — Vom 1. Oktober wird der Tarif für polnische Telegramme ins Ausland um 100 Prozent erhöht.

Der Friede mit Amerika.

Der Vertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ist gestern vom Reichstag in allen drei Lesungen mit großer Mehrheit angenommen worden. Nach der Annahme des Vertrages mit Amerika sagte Reichspräsident Genosse Lobe: Durch den eben gefassten Beschluß sollen die normalen Beziehungen diesseits und jenseits des Ozeans wiederhergestellt werden. Ich möchte auch von dieser Stelle die Befriedigung darüber aussprechen, daß die Fragen, die noch der Klärung bedürfen, nimmlich durch Aussprache gelöst werden können. Ich glaube im Sinne der übergroßen Mehrheit des Hauses, vielleicht im Sinne aller, zu handeln, wenn ich der Ermartung Ausdruck gebe, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, die durch den Weltkrieg eine Unterbrechung erfahren hatten, nunmehr für alle Zukunft dauernd ungetrübt sein mögen.

Die Ratifikation des Vertrages durch Amerika wird, wenn keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, durch den Senat am 17. Oktober erfolgen. Man ist allgemein überzeugt, daß die Opposition nicht die 33 Stimmen zusammenbringen wird, die sie haben müßte, um den Vertrag zu Fall zu bringen.

Völkerbund und Rußlandhilfe.

In der gestrigen Vormittags-Sitzung verhandelte der Völkerbundrat erneut über die Hilfsaktion für Rußland. Motta-Schweiz als Berichterstatter und die Diskussionsredner wiederholten im allgemeinen die bereits aus den öffentlichen Sitzungen bekannten Argumente, eine Völkerbundsaktion sei unmöglich wegen der Weigerung der Mächte, Rußland finanzielle Hilfe zu gewähren. Nanfen hielt eine große erschütternde Rede, in der er die Völkerbundsversammlung und die Regierungen auf die furchtbare Verantwortung aufmerksam machte, die auf ihnen lasten würde, wenn sie 20 Millionen Menschenleben dahinstarben ließen. Man müsse Rußland zu Hilfe kommen, bevor es zu spät sei und bevor man das allzu lange Jögren bereuen werde. Spalankowitsch-Bugostawien hielt eine heftige Rede gegen die Bolschewisten. Er verlangte die Annahme einer Resolution, in

der das bolschewistische Regime verurteilt und dessen Verantwortung für die Hungerkatastrophe in Rußland gebrandmarkt werde.

Vorerst keine Umbildung der Reichsregierung.

Sozialdemokratische Anfrage an die USP. über die Beteiligung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt zur Frage der Umbildung der Regierung, daß zu einer Gesamtemission des Kabinetts Wirk keine Veranlassung sei. Es könne sich bei der eventuellen Erweiterung der Regierung vielmehr nur um eine Umbildung des Kabinetts Wirk handeln. Vor der Umbildung der Regierung müsse eine Einigung über den Teil des Regierungsprogramms erfolgt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratisch-republikanischen Staatsform und zu den zum Schutz der Republik zu ergreifenden Maßnahmen kläre. Eine Entscheidung über die eventuelle Umbildung der Regierung könne die Fraktion erst fällen, wenn das gesamte Steuerprogramm vorliege und so die Gestaltung der vorgeschlagenen Besitzsteuer sowie der besonderen Forderungen des Besitzes zu sehen sei. Die Fraktion beschloß weiter, an den Vorstand der USP. heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese eventuell bereit sei, in die Reichs- und die preußische Regierung einzutreten.

Die Aussichten für eine Kabinetterweiterung im Reiche und in Preußen werden nach Meinung der Berliner Zeitungen von heute morgen immer ungünstiger. Der „Lokalanzeiger“ meint, die gestrige Rede des Reichstanzlers habe bei der Deutschen Volkspartei verstimmt. Die Rede des Kanzlers und diejenige Scheidemanns hätten genügt, um die Verhandlungen außerordentlich zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. Wie das Blatt aus parlamentarischen Kreisen erfährt, sind die persönlichen Besprechungen über die Kabinettsumbildung seit gestern mittag nicht mehr fortgesetzt worden. — Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, ist in der Frage der Steuerreform zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien bisher eine Einigung nicht erzielt worden. Infolge der voraussichtlichen Vertagung des Reichstages bis zum 26. Oktober rechnet das Blatt mit aller Wahrscheinlichkeit damit, daß die Frage der Regierungsumbildung im Reiche und auch in Preußen bis Ende Oktober, wenn nicht auf noch spätere Zeit, verschoben werden muß.

Endlich ein Hochverratsprozeß gegen die Kapp-Verbrecher.

Auf eine kommunistische Anfrage im Reichstage wurde von einem Vertreter des Reichsjustizministeriums geantwortet, daß gegen den früheren Polizeipräsidenten von Nagow und dem früheren Oberpräsidenten von Wangenheim das Hauptverfahren wegen Hochverrats bereits eröffnet ist und daß die Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig voraussichtlich Ende Oktober stattfinden werden.

Lohnbewegung der Hamburger Hafnarbeiter.

Die Hamburger Hafnarbeiter haben ihren Tarifvertrag zum 1. November gekündigt und verlangen eine Erhöhung des Tageslohnes auf 72 Mark. Die Lohnbewegung soll sich auch auf die anderen Nord- und Ostseehäfen erstrecken.

Kleine Nachrichten.

Französische Reise-Mühen. In einem überfüllten Abteil des D-Zuges Berlin-Köln bedrohte in der Nacht zum Donnerstag ein Franzose mehrere Fahrgäste, darunter den Reichstagsabgeordneten Genossen Sollmann, mit einem geladenen Revolver. Auf dem Berliner Bahnhof Zoologischer Garten wurde der Franzose durch Schutzpolizisten entwaffnet und als französischer Zivilangestellter, angeblich ein Chauffeur, festgestellt.

Englisch-irische Verständigungskonferenz. Devalera hat die Einladung Lloyd Georges zu einer Konferenz angenommen.

Amerikanischer Lebensmitteltransportdampfer auf Grund gestoßen. Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge ist der große amerikanische Dampfer „Wasco“, mit einer Mehl-ladung nach Petersburg unterwegs, im östlichen Teil der Finnischen Bucht auf Grund gestoßen. Der Dampfer ist so schwer beschädigt, daß er wrack werden wird. Die Besatzung mußte das Schiff verlassen, ihr Schicksal ist unbekannt.

Russische Kinder in Dänemark. Den Petersburger Zeitungen zufolge sind in letzter Zeit fast täglich zahlreiche Kinder aus den von der Hungersnot heimgeführten Gebieten in Kopenhagen eingetroffen. Man schätzt ihre Zahl auf etwa 10 000.

Koalitionspolitik oder nicht?

In Nr. 92 der Danziger „Freiheit“ legt sich Artur Crispian mit dem Koalitionsbeschluß des Görtlicher Parteitages auseinander. Crispian sieht in diesem Beschluß den Untergang des Sozialismus in der USP. und nimmt dessen Vertretung nun allein für die USP. in Erbpacht. Daß er gegen Koalitionspolitik überhaupt Stellung nimmt und alles Heil und allen Erfolg für die Arbeiterschaft nur in dem unvermischten Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie erblickt, nimmt bei Crispian kein Wunder. In einem hat er allerdings recht, es fällt der Arbeiterschaft außerordentlich schwer, mit den Leuten politisch ein Stück Weges zusammen zu gehen, denen sie wirtschaftlich im schärfsten Kampfe gegenübersteht.

Bei unklaren Köpfen ist es nicht schwer, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter hinein zu tragen, um dann im Trüben Fischfang treiben zu können. Und das ist ja letzten Endes der Zweck des Crispianschen Artikels. Wir in Danzig haben doch die Erfolge einer Politik kennen gelernt, die nicht auf eine freiheitlich gerichtete Koalition aufgebaut ist. Daß dabei den Deutschnationalen alle Macht in Händen gespielt ist und sie neben der wirtschaftlichen Macht auch die Staatsmaschinerie in Händen haben, um die Arbeiterschaft zu bekämpfen, haben wir erst am Donnerstag auseinandergesetzt. Hier in Danzig kann man nicht davon reden, daß die Arbeiterschaft den Klassenkampf nicht mit den schärfsten Mitteln geführt hat. Und der Erfolg? Gewiß kann man auf die Demonstration am 29. Juli 1920 und ihren Erfolg hinweisen, der es möglich machte, einen wesentlichen Steuererlaß für die Arbeiterschaft zu erzielen. Aber auch die Opfer sind nicht außer acht zu lassen, besonders auch dann nicht, wenn man die Vorgänge am 4. August 1921 ebenfalls betrachtet. Es kann ruhig die Frage aufgeworfen werden, ob die Erfolge nicht ebenso zu erzielen wären, wenn die Arbeiterschaft in der Regierung mitwirken würde, ohne das Opfer des Toten und der Verwundeten am 29. Juli und der Verhafteten am 4. August zu haben. Andere „Erfolge“ dieser extremen Vereinigungspolitik — die bekannnten wirtschaftlichen und politischen Verschlechterungen ganz außer acht lassend — dürften in Danzig wohl kaum aufzuweisen sein.

Wollte man den Crispianschen Argumenten folgen, so müßten diese Zustände in Danzig eine geschlossene, revolutionäre Arbeitermasse erzeugt haben. Aber das Gegenteil von dem ist der Fall. Ueber die Hälfte aller Danziger Kopf- und Handarbeiter ist politisch vollkommen indifferent und diese geben sich den Anschein der Zufriedenheit, weil sie zu bequem sind, logisch zu denken. In Danzig kann die Koalitionspolitik an diesen Zuständen nicht schuld haben. Die Danziger Arbeiterschaft, ganz gleichgültig, ob sie sozialistisch oder kommunistisch organisiert ist, will den schärfsten Kampf zur Erreichung des Sozialismus.

Zwei Wege sind offen, dieses Ziel zu erreichen. Einmal der Weg des rücksichtslosesten Klassenkampfes. Wenn man sich aber entsagt, die kapitalistische Gesellschaft mit sozialistischem Geiste zu durchdringen und einfach Gewalt bei Fuß stehen bleibt, weil man Angst hat, daß die Kämpfer auf diesem Kampfpfad vom kapitalistischen Geiste angesteckt werden könnten, so hält man sich lieber von diesem Kampfpfad fern und wartet — worauf, das weiß Crispian eben selber nicht.

Der andere Weg führt zum rücksichtslosen Kampf auch auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung. Allmählich dringt auch in der „revolutionären“ Arbeiterschaft die Erkenntnis durch, daß der Sozialismus nicht als Gnadengeschenk vom Himmel fällt, sondern daß er erkämpft werden muß. Dann darf man aber unter keinen Umständen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, selbst mit der schönsten Kampfanlage, tatenlos gegenüberstehen, sondern muß den Kampf hineinbringen in die Reihen der Gegner. Nur der ständige Kampf schult die Arbeiter und macht sie befähigt, diejenigen Funktionen zu übernehmen, die notwendig sind, um den Sozialismus restlos zur Durchführung zu bringen.

Aber eins darf dabei nicht übersehen werden. Wer soll diesen Kampf führen? Solange sich diese Erkenntnis nur bei dem kleineren Teil der Arbeiterschaft durchgerungen hat, solange diese Erkenntnis nicht getragen wird von der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung, solange wird dieser Kampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft schwer durchzuführen sein. Die Genossen, die in den Vordergrund dieses Kampfes gestellt werden, müssen getragen werden von der Masse der Arbeiterschaft, die den einmütigen Willen hat, der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft den Boden Stück für Stück zu entreißen.

Hier verlagte die USP. bisher vollständig. Zwar zeigten sich hier und da Ansätze zur Besserung, wie dieser Tage der Auspruch Matus im Volkstage, aber gar zu gern verfiel diese Partei aus agitatorischen Gründen in den alten Fehler einer alles verneinenden Opposition zurück. Sache der

NSP. wird es sein, endgültig Klarheit in den eigenen Reihen zu schaffen. Solange sie das nicht kann, hat sie eine tragische Schuld, wenn die Arbeiterbewegung, gehindert durch den Bruderstreit, nur langsam vorwärts kommt. Fr.

Die Auflösung der kommunistischen Partei.

Die Krise, die die kommunistische Partei seit längerer Zeit erschüttert, hat bisher ihren äusseren Ausdruck nur in einer Reihe von Spaltungen, Umgruppierungen und Austritten innerhalb der kommunistischen Parlamentarierfraktion gefunden. Rummel ergreift die Unruhe aber auch die kommunistischen Massen. Die Vorgänge in den Fraktionen haben in der kommunistischen Organisation ihre Wirkungen ausgeübt. Wenn diese Organisation auch nie so einheitlich und geschlossen gewesen ist wie beispielsweise die der Sozialdemokratischen Partei, so haben doch die Spaltungen in der Führungssphäre auch in der kommunistischen Organisation Verfall herbeigeführt, die man heute nicht anders als eine schwere Krise bezeichnen kann.

In einer Vertretung des Politischen Komitees, die am Samstag in Halle a. d. Saale abgehalten worden ist, hat der Parteimitglied Herr ... die Partei mit Mitgliedern ... so sagte er unter anderem, lassen anerkennen. ... die Mitglieder lassen seit den Vorgängen unter der Führungssphäre ... die Partei mit Mitgliedern ... die Partei mit Mitgliedern ... die Partei mit Mitgliedern ...

Die Rückflut der Hungerflüchtlinge.

Die „Krasnaja Gaseta“ weist auf die groben Schwierigkeiten im Eisenbahntransport hin, die im Zusammenhang mit der rückläufigen Bewegung der Auswanderer in den südlichen Gebieten entstanden sind. Scharen von Bauern, die aus den Hungergebieten geflohen waren, und keine Möglichkeit zur Verpflegung gefunden haben, keilen sich, in ihre Heimat zurückzukehren, wo sie durch die amerikanischen Güter gerettet zu werden hoffen. Überall herrscht unbeschreibliche Verwirrung, Lebensmittel sind nicht vorhanden, die Eisenbahnstationen werden vom Militär bewacht. Die Moskauer „Iswestija“ vom 20. September meldet, daß in Stadt und Kreis Buguruslan im Gouvernement Saratow 355 Menschen Hunger gestorben sind. In einer Gemeinde im Gouvernement Kasan ereigneten sich, wie dieselbe Nummer der „Iswestija“ meldet, Todesfälle, infolge des Geruchses von Brot, das aus besonders fetter Tonerde unter Beimischung von 25 Prozent Mehl hergestellt wurde. Für 1 Pfund dieses Brotes, den die hungernde Bevölkerung für besonders nahrhaft gehalten hatte, wurden bereits 2000 Rubel bezahlt, bis die Behörden seine weitere Verwendung verhinderten.

Bankrott der freien Wirtschaft.

Die vielgerühmte freie Entfaltung im Wirtschaftsgebiete, die uns als rettende Lat so oft gepriesen wird, kommt recht stark in Mitleidenschaft, wenn wir uns einmal die Entwicklung im Kaliberbergbau näher ansehen. Der Kaliberbergbau steht seit geraumer Zeit vor einer Neuperiode, die zu einer schweren Krise ausgeartet ist. Wir hatten im Jahre 1918 bei 164 Kaliberwerken in Deutschland eine Gesamtproduktion von 11,7 Millionen kg. Meinstoff. Diese Produktion ist im Jahre 1920 nach Abgang der 17 elbschiffischen Werke auf 9,2 Millionen kg. zurückgegangen. Aber wir sind in derselben Zeit nicht zu einem Rückgang der Kaliberunternehmungen gekommen, sondern die Zahl der Kaliberwerke hat sich auf 201 erhöht. Der Auslandsabsatz im Jahre 1918 umfaßte die Hälfte der Gesamtproduktion, während im Jahre 1920 nur noch 25,97 v. H. zur Ausfuhr gelangten. Diese Auslandsquote konnte zwar zu hohen Preisen abgesetzt werden, brachte den Werken reichen Gewinn, führte aber schließlich doch zu einer weiteren Verdrängung vom Auslandsmarkt, so daß Mitte d. J. nur noch 8,82 Prozent des Gesamtabsatzes nach dem Ausland gingen. Die Werke waren deshalb genötigt, zum Teil ihre Produktion vollständig einzustellen oder doch erheblich zu vermindern. Die Interessenten, die früher schon in ihren Syndikaten vergeblich den Versuch gemacht hatten, zu einer Produktionsregelung zu kommen, verlangten nunmehr, daß auf Grund des Kaliberwirtschaftsgesetzes, das im Jahre 1919 erlassen wurde, eine Einschränkung in der Produktion herbeigeführt wird. Diesem Verlangen entsprechend hat das Reichswirtschaftsministerium dem Reichstag eine Verordnung unterbreitet, wonach die Neuanlage von Schächten verhindert wird, sofern sie nicht aus technischen Gründen notwendig sind. Ferner soll eine freiwillige oder auch zwangsweise Stilllegung der Bergwerke herbeigeführt werden. Bemerkenswert ist, daß die Interessenten sehr eifrig bemüht waren, diese Maßnahme zur Durchführung der Stilllegung der Werke unbehindert in Händen zu behalten. Es sind auch noch ehe die Verordnung bekanntgegeben war, drei Konzerne entstanden, die darauf hinausgingen, schwache Werke aufzukaufen, um die Stilllegungsquoten, die bisher für die einzelnen Werke festgelegt wurden, zu erlangen. Dann will man die rechtliche und in der Ausübung am besten gestellten Unternehmungen mit Gewalt andrücken lassen. In der Verordnung hat sich aber das Reichswirtschaftsministerium das Recht vorbehalten, diese Übertragung von Stilllegungsquoten an andere Unternehmungen zu verhindern, damit nicht erst, solche stillgelegten Betriebe ihre Aktienquote noch mit hohen Dividenden begünstigen können. Um dieses Recht der freien Bekämpfung kapitalistischer Konkurrenz ist im Reichswirtschaftsrat und auch im Reichstag sehr hart gekämpft worden, aber schließlich sind die Unternehmungen mit ihren Forderungen abgewiesen worden. Der freie Wettbewerb muß im Kaliberbergbau seinen Lauf nehmen. Die Fortsetzung der freien Wirtschaft hätte dazu führen müssen, daß eine große Anzahl von Werken vollständig zu Bruch gegangen wäre und nur noch die bestschickten lebensfähig blieben. Man kann im Zweifel sein, ob man man, so lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, die Produktion als die richtige und beste möglich sich auswirken läßt. Denn der Staat übernimmt eine Verpflichtung, die recht unheimlich ist. Er bemüht sich, Unternehmungen durchzuschleppen, die produktiv vollständig lahmgelegt werden. Diese Betriebe werden in ihrer Kapitalanlage verfallen vom Verfall der arbeitenden. Deutschland schleppt also eine Last mit, die ganz unproduktiven Zwecken dient, und erhöht damit die Preise des Rohes. Die Produktion kann nur von dem Geschäftspunkt aus betrachtet werden, daß bei einem Zubruchgehen der nicht mehr lebensfähigen Werke wichtige Naturkräfte, die einmal wiederum für uns kostbar gemacht werden können, verloren gehen. Würde man die zum Zusammenbruch verurteilten Unternehmungen ihrem Schicksal überlassen,

so würden die Rohstoffe erlaufen und damit wertvoller Besitz verloren gehen.

Wenn aber die Gegner der Sozialisierung ihre hohen Töne anstimmen, um wieder zu zeigen, daß nur die private kapitalistische Produktionsweise regelnd und ordnend in den Produktionsprozess eingreife, so wird man ihnen mit Zug und Recht dieses Beispiel aus der Kaliberindustrie entgegenhalten können, das beweist, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht Ordnung, sondern die schlimmste Unordnung bringt und aus eigenem nicht die Kraft besitzt, wertvolle Naturkräfte vor dem Verfall zu bewahren.

Die Verfehlungen des „Ehrenobermeisters“.

Ueber Verfehlungen, die zu der Verhaftung des „Ehrenobermeisters“ Rahardt geführt haben, werden folgende Einzelheiten bekannt. Während des Krieges war von der Handwerkskammer eine Verbindungsstelle begründet worden, welche die von der Heeresverwaltung erteilten Aufträge an die Handwerker weitergab. Rahardt war der Leiter der Verbindungsstelle und hatte seinen Sohn in diese Abteilung als Direktor hineingeworfen. Der junge Rahardt hat sich auf diesem Posten mehrfach Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Durch einen Zufall erfuhren die geschädigten Handwerker von diesen Manipulationen und stellten bei der Handwerkskammer den Antrag, den jungen Rahardt sofort von seinem Posten zu entfernen. Das geschah auch, doch erteilte ihm der Präsident der Handwerkskammer, Karl Rahardt, unbegreiflicherweise weiterhin Vollmacht für die Verbindungsstelle. Mit diesem Unwesen hat Rahardt jun. Mißbrauch größtenteils getrieben. Er war inzwischen in eine Firma der Textilbranche eingetreten und verwandte die nennbare die Gelder der Handwerkskammer zu privaten Spekulationen für seine Firma. Auf Grund der Vollmacht hob er von der Dresdener Bank nach und nach 1 100 000 Mark ab und spekulierte mit ihnen so unglücklich, daß er auch nicht einen Pfennig der veruntreuten Gelder dem Konto der Handwerkskammer wieder zuführen konnte. Durch einen Zufall entdeckten Mitglieder der Handwerkskammer die Verfehlungen des jungen Rahardt auch nach dieser Richtung hin und wollten schon damals gegen die beiden Rahardts gerichtlich vorgehen. Die in Frage kommende Firma, bei welcher Rahardt jun. beteiligt war und die von den Praktiken des jungen R. keine Ahnung hatte, bedachte, obwohl sie sich dadurch ruinerte, sofort 700 000 Mk. des veruntreuten Betrages. Rahardt jun. versprach für den Rest in Höhe von 400 000 Mk. der Handwerkskammer eine Hypothek zu bringen und erreichte dadurch einen Aufschub der Strafverfolgung gegen seinen Vater und sich. Die Frist beruhte Rahardt jun. dann aber, um zu entfliehen.

Inzwischen waren bei den Nachprüfungen der Angelegenheit andere wenig schöne Fälle ans Tageslicht gebracht worden. So stellte es sich heraus, daß der Sekretär Hoffmann von den Verfehlungen der beiden Rahardts Kenntnis gehabt hatte, aber durch Zahlung nicht unerheblicher Summen zum Schweigen gebracht worden war. Hoffmann, der wohl wußte, daß Rahardt sen. seinem Sohn die Vollmacht ausgestellt hatte, wäre verpflichtet gewesen, dem Aufsichtsrat sofort Mitteilung zu machen, hat das aber aus dem obengenannten Grunde nicht getan. Aus den Kreisen der Berliner Handwerker wurde beim Reichsverband des deutschen Handwerks gegen Rahardt Klage erhoben und seine Amtsenthebung gefordert, um so mehr, als sich ergeben hatte, daß Rahardt sen. schon seit 6-7 Jahre seine Freunde bei der Vergebung von Aufträgen bevorzugt und dafür recht erhebliche Provisionen erhalten hatte. Der Reichsverband des deutschen Handwerks ging gegen Rahardt sen. zunächst nicht vor, weil der damalige Präsident der Handwerkskammer auf eine Anfrage des Reichsverbandes mitgeteilt hatte, daß er gegen die Urheber der gegen ihn ausgestreuten Verleumdungen die Staatsanwaltschaft anrufen werde. Inzwischen haben sich gegen Rahardt auch noch andere sehr belastende Dinge herausgestellt. So richtet sich die von der Staatsanwaltschaft geführte Untersuchung besonders darauf, daß Rahardt sen. in zwei Fällen seine Eidspflicht verletzt habe. Seitens der Handwerkskammer wird jetzt eine umfassende Untersuchung aller von Rahardt geleisteten Geschäfte eingeleitet und den Gerichtsbehörden die in Frage kommenden Geschäftsbücher zur Verfügung gestellt werden.

Um Polens Existenz.

Der der Neuwahl des Sejms.

Die Programmrede des neuen polnischen Ministerpräsidenten Tomkowicki, von der man nur ein kurzes, aber durchgreifendes Finanzprogramm erwartet hatte, ist sehr ausführlich ausgefallen. Die Darlegungen des Ministerpräsidenten zur auswärtigen Politik liefen, auch in der oberflächlichsten und in der Willensfrage auf eine Wiederholung der bekannten Formeln über die Ausführung der Friedensverträge und das französische Bündnis hinaus. Die Grundlagen der polnischen Politik bleiben. Das Schwergewicht der Rede lag in der Darstellung der inneren Lage: Tomkowicki kündigte an, daß die Vermögensabgabe noch im Jahre 1921 gezahlt werden müsse; die Agrarreform soll zwar durchgeführt werden, aber unter besonderen Reserven. Die Gehälter sollen zum 1. Oktober allgemein erhöht werden, insbesondere die Eisenbahnarbeiter bis zu 200 Prozent. Ein genaueres Finanzprogramm werde Michalski geben, der das Finanzressort übernommen hat und Ende der Woche eintritt. Da bis zum Jahresende gegenüber dem Voranschlag eine Erhöhung des Defizits um 70 Milliarden zu erwarten ist, so muß die Regierung eine Vermehrung des Kredites bei der Landesbank von 150 auf 220 Milliarden vorschlagen. Tomkowicki entwickelte ferner ein ausführliches Programm über die Wohnungsfrage, das Bildungsweien, Handelsverträge usw., kündigte aber gleichzeitig an, daß die Regierung nur noch die Wahlordnung einbringen und die dringendsten Maßnahmen zur Finanzsanierung betreiben wolle, danach würde der Sejm aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden. Die Programmrede schloß mit einem Appell an die Opferwilligkeit der Staatsbürger: ohne Geld könne der polnische Staat nicht leben, es gehe um die Existenz Polens!

Englische Sorgen um die deutsche Mark.

Die fortschreitende Entwertung der deutschen Mark beschäftigt die Londoner Presse weiter in hohem Maße. „Evening Standard“ hebt hervor, daß die Mark jetzt weniger als einen halben Penny wert sei, anstatt normaler Weise einen Schilling, und schreibt in Anbetracht der Tatsache, daß die übrigen Wechselkurse verhältnismäßig stetig seien, sei es nicht verwunderlich, daß der Valutamarkt immer mehr Nervosität und Besorgnis an den Tag lege. Es sei vollkommen unverständlich, weshalb die deutsche Mark immer weiter falle. Es sei der Möglichkeit Ausdruck gegeben worden, daß hinter alle dem deutsche Manipulationen zur Erreichung besonderer Ziele zu suchen seien. Von zahlreichen Reuten werde dies jedoch angezweifelt. Wenn es könne wohl vorteilhaft für die deutsche Industrie sein, zur Eroberung der ausländischen Märkte eine entwertete Mark zu haben, es gebe jedoch eine Grenze für die Entwertung. Wenn die Mark über diese Grenze hinaus sinke, so könne die Wirkung in anderer Hinsicht für Deutschland schädlich sein. Deutschland könne sein Finanzprestige einbüßen. Man könne vermuten, daß Deutschland einer wirtschaftlichen Katastrophe zutriebe, und daß keine sehr ernste Folgen zeitigen. Andererseits werde darauf hingewiesen, daß Deutschland Mark verlor aus dem ewigen Grunde, weil es seinen vor etwa einem Monat übernommenen

Verpflichtungen beim Ankauf von notwendigen Einfuhrprodukten wie Lebensmitteln usw. nachkommen müsse. In diesem Falle würde vielleicht eine Reaktion eintreten, die so heftig sein könne wie der augenblickliche Sturz. Auf jeden Fall blicke die deutsche Mark ein Mysterium.

Diese Ausführungen muten angesichts der Tatsache, daß die Deutschland auferlegten unvertretbaren finanziellen Lasten zu einer immer weiteren Vermehrung des Papiergeldes zwingen, recht nahe an. Demgegenüber trifft die „Westminster Gazette“ durchaus den Kern des Problems, wenn sie schreibt, keine Finanzpolitik Deutschlands könne es in den Stand setzen, die Reparationen zu bezahlen, wenn es nicht eine ungeheuerliche Ausdehnung seines Ausfuhrhandels vollbringen könne. Ohne diese Möglichkeit werde die deutsche Mark immer weiter fallen. Die Reparationen würden früher oder später dieser Tatsache ins Auge sehen und beschließen müssen, ob ihre Forderungen erfüllbar sind oder ob sie diese Forderungen auf die einzig mögliche Weise erfüllt haben möchten, nämlich durch eine Überflutung der Märkte der Welt mit deutschen Waren. In einem Leitartikel führt das liberale Blatt aus: Fast alle Wirtschaftler sehen übereinstimmend eine neue Reparationskrise für Deutschland im nächsten Jahre voraus, die wahrscheinlich alle Hoffnungen für ein Wiederleben des europäischen Handels zerstören wird. Sie sagen, daß Deutschland unter solchen Umständen bezahlen könne, was es zu zahlen sich verpflichtet habe, und daß es bei dem Versuch zu zahlen sowohl selbst verarmen, als auch der Handel seiner Nachbarn schädigen werde. „Westminster Gazette“ ist der Ansicht, die Allierten müßten dieser Lage sofort zuvorkommen und versuchen, sie zu beseitigen. Wenn man der Arbeitslosigkeit in England auf den Grund gehen wolle, so müsse man die Reparationsfrage neu erwägen und den Weg zu einer gesunden europäischen Politik aufsuchen.

Gegen die Verschärfung des Memelgebietes. Der Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in Memel nahm in einer Generalversammlung zu der politischen Lage im Memelgebiet Stellung. Der Vorsitzende, Magistratsangestellter Bertschus, führte in seinem Vortrage u. a. aus: die Zukunft des Memelgebiets habe schon lange nicht mehr so ernst ausgesehen, wie heute; denn es seien Kräfte am Werk, die das Memelgebiet an einen fremden Staat verschachern wollten. Vor kurzem noch sei ein Staatsvertrag zwischen dem Memelgebiet und Deutschland abgeschlossen worden, wodurch das deutsche Mannschafsvorsorgengesetz auch auf das Memelgebiet ausgedehnt worden sei. Sobald aber das Memelgebiet einem fremden Staat angegliedert werde, verliere der Vertrag seine Gültigkeit. Was das für den Kriegsrentner bedeuten würde, brauche nicht hervorgehoben zu werden, besonders wenn man höre, wie es mit der sozialen Fürsorge in Litauen bestellt sei. Litauen habe erklärt, an die Opfer aus dem Kriege 1914 keine Renten zu zahlen. Es erkenne nur die Opfer aus dem Kriege mit Polen an. Als Beispiel, wie diese Anerkennung geschehe, führte der Redner aus, daß in Litauen einfach ein Gut aufgeteilt und unter die Kriegssopfer verteilt werde, ohne ihnen Mittel zur Beschaffung von landwirtschaftlichen Geräten usw. zu geben und ohne Rücksicht darauf, ob die Kriegssopfer infolge ihres Verlustes in der Lage sind, das ihnen zugeteilte Land zu bebauen. Diese Tatsache gebe den memelländischen Kriegsrentnern Anlaß, auf die schärfste gegen einen Anschluß an Litauen oder Polen zu protestieren. Die Zukunft der Kriegssopfer sei nur dann gesichert, wenn das Memelgebiet ein selbständiges Staatsgebilde werde, wobei auch der mit Deutschland abgeschlossene Staatsvertrag gesichert bleibe.

Freiheiten der Reaktion. Ein Reichstagsabgeordneter unter militärischer Zensur. In Königsberg ist Genosse Lübbers Polizeipräsident. Er ist Mitglied des Reichstages. Als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter hat er jüngst aus Anlaß des Mordes an Erzberger eine scharfe Rede gehalten, in der er auch Kritik an dem monarchistischen Einfluß in der Reichswehr und in der Justiz im Reich übte. Darüber größte Aufregung im Reichswehrministerium und im preussischen Ministerium des Innern. Diese Herren scheinen nicht über Lust zu haben, einem Staatsvertreter, wenn er zugleich Polizeipräsident ist, den Mund verbieten zu wollen. Nach der Auffassung dieser sozusagen auchrepublikanischen Ministerien ist auch eine wahrheitsgetreue Kritik an der Reichswehr und an der Rechtspflege für einen politischen Beamten unzulässig, selbst wenn er in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter spricht.

Amerikas Demokraten im Kampf gegen die „Friedensverträge“. Dem „New York Herald“ wird aus Washington gemeldet, daß der Kampf um die Friedensverträge von Tag zu Tag weiter um sich greift. Die rasche Ratifizierung werde unmöglich. Die Demokraten kämpften darum, in die Verträge Zusätze aufzunehmen zu lassen zugunsten einer Annäherung an Europa in Übereinstimmung mit den Theorien des Expräsidenten Wilson. Nach dem Wortlaut eines dieser Zusätze soll nichts in den Verträgen den Vereinigten Staaten den Beitritt zu dem Völkerbund verwehren können, wenn der Kongress so beschliesse. Ein anderer Zusatz soll bestimmen, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, sich an jedem Vorgehen zu beteiligen, das geeignet sei, auch die Artikel des Vertrages von Versailles zur Geltung zu bringen, an denen sie interessiert seien.

Joffe ermordet? Die „Morningpost“ meldet aus Helsinki, daß die Ermordung Joffes in dortigen russischen Kreisen bestätigt werde. Der Mörder, namens Emdotimow, sei Mitglied des Petersburger Volksguardien und des revolutionären Tribunals der 7. Armee.

Ablehr vom Kommunismus in Russland. Die Mitgliederzahl der kommunistischen Partei in Russland ist der amtlichen Statistik der Sowjetregierung zufolge von 600 000 im Mai 1920 auf 200 000 zurückgegangen.

Ungewöhnliche Krankheiten in Preußen. Der vom Preussischen Wohlfahrtsministerium regelmäßig veröffentlichten Statistik zufolge sind in der Woche vom 17.-23. Juli u. a. 577 Diphtheriefälle, davon 15 tödlich verlaufene, gemeldet worden, ferner 571 Ruhrfälle (82 tödlich) und 492 Unterleibstypusfälle (33 tödlich). Todesfälle an Lungen- und Kehlkopf- und Tuberkulose 569. In den beiden nächsten Wochen, d. h. vom 24.-30. Juli und vom 31. Juli bis 6. August, wurden 542 resp. 600 Diphtheriefälle gemeldet (25 resp. 11 tödlich), 847 resp. 1340 Ruhrfälle (69 resp. 110 tödlich), 390 resp. 347 Unterleibstypusfälle (32 resp. 28 tödlich). An Lungen- und Kehlkopf- und Tuberkulose starben 575 resp. 520 Menschen.

Das Unrecht der polnischen Valutaordnung gegen Danziger Gläubiger.

In der gestrigen Sitzung des Volkstages nahm Präsident Dr. Treichel das Wort zu einer kurzen Erklärung und teilte im Anschluß daran unter allgemeiner Heiterkeit eine Reihe Ordnungsrufe aus. Auch der stellv. Senatspräsident Dr. Ziehm bekam seinen nachträglichen Ordnungsruf. Die Anfrage betr. Schließung des Spiellubs wurde zur Ausschussberatung überwiesen. Die beabsichtigte Neuordnung der Aufwandsentschädigung für Volkstagsabgeordnete veranlaßte den „wilden“ Zentrumsmann, Betrachtungen über Sparsamkeit anzustellen. Die Abänderung des § 105 des Strafgesetzbuches wurde abgelehnt. Die unheilvolle Gleichstellung der deutschen Mark mit der polnischen führte zu einer längeren Aussprache. Die polnischen Abgeordneten verteidigten die Maßnahmen der polnischen Regierung. Danziger hätten kein gesetzliches Anrecht auf Auszahlung ausgeliehener Gelder in deutscher Währung. Aber wenn der Danziger Senat recht schön bitte, ja dann ließe die polnische Regierung vielleicht mit sich reden. Genosse Kłobowski wies mit Recht auf das zwiespältige Verhalten der polnischen Abgeordneten hin. Wenn es sich darum handelt, für Polen Vorteile zu erringen, sind die Danziger Freund und Bruder; sonst behandelt man sie aber als Ausländer. Die Aussprache ergab die volle Einstimmigkeit des Hauses, daß für die durch die polnische Valutaverordnung in Not geratenen kleinen Sparer etwas gesehen muß. Der Senat erhielt den Auftrag, mit aller Energie auf die befriedigende Regelung der Valutafrage zu dringen.

76. Vollziehung des Volkstages

Freitag, den 30. September 1921.

Nachträgliche Ordnungsrufe.

Zu Beginn der Sitzung nahm Präsident Dr. Treichel Stellung zu der

Geschäftsordnungsdebatte in der Donnerstagsitzung.

Er erklärte, daß die Redner vom Präsidentenstuhle aus schwer verständlich sind, und gegen Ende der Sitzung sei er unspätlich gewesen. Aus dem Stenogramm gehe hervor, daß der Abg. Fischer den Senat verdächtigt habe, in unklaren Beziehungen zum Spiellub zu stehen. Daher müsse er den Abg. Fischer nachträglich zur Ordnung rufen. Bei der Abwehr des Angriffs sei Senatsvizepräsident Dr. Ziehm zu weit gegangen. Der Jurist Verleumdung war unzulässig. Senatsvizepräsident Dr. Ziehm erhielt deshalb nachträglich einen Ordnungsruf. Auch die Abg. Koczyski, Raube und Plettner erhielten aus diesem Anlaß nachträgliche Ordnungsrufe. Der Präsident richtet an alle Mitglieder des Hauses und des Senats die Bitte unparlamentarische Worte zu vermeiden.

Das Haus trat alsdann in die Tagesordnung ein und überwies die Anfrage betr. Schließung des Zoppoter Spiellubs dem Rechtsausschuß.

Die Aufwandsentschädigung für die Volkstagsabgeordneten

soll nach einer Vorlage des Senats neu geregelt werden. Bisher erhielten die Abgeordneten ohne Unterschied monatlich 900 Mark und für jede Ausschusssitzung 15 Mark. Diese Entschädigung für Ausschusssitzungen soll in Zukunft fortfallen, dagegen die Diäten für solche Abgeordneten, die Danzig nicht mit der Straßenbahn oder

dem Vorortverkehr erreichen können, auf 1200 Mark erhöht werden. Für das Fehlen bei einer Vollziehung ist ein Abzug von 30 Mark vorgesehen. Die geplante Neuordnung erfordert eine jährliche Mehrausgabe von 50 000 Mark.

Abg. Brieseman (b. l. Fraktion) wendete sich dagegen, daß den Beamten, die ihr volles Gehalt beziehen, die Aufwandsentschädigung gezahlt wird. Bei der Festsetzung der Diäten müsse unterschieden werden zwischen Abgeordneten, die ihr volles Gehalt weiter beziehen und solchen, die durch ihre Tätigkeit einen Verlust an Einkommen haben.

Die Vorlage wurde dem Hauptausschuß überwiesen. Sodann beschäftigte sich das Haus mit der 2. und 3. Lesung des unabhängigen Antrages auf

Abänderung des § 105 des Strafgesetzbuches.

Abg. Plettner (USP.) betonte, daß die Opposition ein Recht auf Obstruktion habe. Wenn der Senat diese durch den § 105 des StGB. unterbinde, so vergewaltigt er die Volkswelt, die diese oppositionellen Abgeordneten gewählt haben. Die USP. werde auch in Zukunft mit allen Mitteln versuchen den Gang der Geschäfte aufzuhalten. Redner sprach sein Mißtrauen gegen die Danziger Justiz aus und wies u. a. darauf hin, daß von den Geschworenen der jetzt kommenden Schwurgerichtsperiode nur 3 Arbeiter sind.

Der Abg. Brieseman (b. l. Fraktion) erinnerte daran, daß auch er vor Jahresfrist mit den Vertretern der äußersten Linken einen noch schwereren Zusammenstoß gehabt habe. Redner habe deshalb eine Verschärfung der Geschäftsordnung befürwortet. Die Juristen hätten jedoch erklärt, daß keine Handhabe gegeben sei, verachtete Szenen zu verhindern. Eine Anwendung des § 105 des StGB. sei damals gar nicht in Frage gekommen.

Der unabhängige Antrag auf Abänderung des § 105 StGB. wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zwei große Anfragen, der polnischen Fraktion und der Deutschen Partei, beschäftigten sich mit der

Rückzahlung des Danziger in Polen festgelegten Kapitals in deutscher Währung.

Abg. Dr. Rubacz (Pole) wünschte Aufklärung wie weit die Verhandlungen des Senats mit Polen in dieser Frage gediehen sind. Staatsnotwendigkeiten hätten die Gleichstellung der polnischen Mark mit der deutschen veranlaßt. Danzig habe keinen rechtlichen Anspruch auf Rückzahlung des in Polen angelegten Kapitals in deutscher Währung. Bei dem besonderen Verhältnis zwischen Polen und dem Freistaat habe dieser jedoch ein gewisses Recht, anders behandelt zu werden. Der Senat möge diesbezügliche Schritte unternehmen.

Abg. Dr. Neumann (D.P.) legte dar, in wie einschneidender Weise die polnische Valutaverordnung die Freistaatsbevölkerung behrte. Danziger Bürger sind deshalb besonders schwer getroffen, weil die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Danzig und dem heutigen Pommern sehr stark waren. Die große Not der Rentner zwingt zu einer Regelung des Währungsfrage. Polen war berechtigt, die Valutaverordnung im eigenen Staate durchzuführen, aber nicht für den Verkehr mit Gläubigern in anderen Staaten. In welchem Maße sich die polnischen Gläubiger bereichern geht daraus hervor, daß für eine Schuld von 100 000 deutschen Mark jetzt 100 000 polnische Mark im Werte von 1800 Mark zurückgezahlt werden.

Senator Jędrzejowski erklärte, daß bei den diesbezüglichen Verhandlungen noch keine Einigung erzielt wurde. Die polnische Behörde habe zwar eine Verordnung erlassen, nach der den durch die Währungsfrage in Not geratenen Personen geholfen werden soll.

Danzig erkennt die polnische Valutaverordnung nicht an und erhebt vollen Anspruch auf Kapital und Zinsen. Es sei angeregt worden, die Unterzeichnung des Wirtschaftsvertrages mit Polen nicht eher zu vollziehen, bis Polen diese Rechte Danzigs anerkennt. Die Redaktion der Konvention ist fertiggestellt, die Unterschrift wird in einigen Tagen erfolgen. Die Danziger Unterhändler werden bei der Annahme des Vertrages den Protest des Senats und des Volkstages zum Ausdruck bringen und die bestimmte Erwartung aussprechen, daß dieser unglückliche Zustand ein Ende nimmt.

Am 1. Januar 1922 wird Danzig in das polnische Zollgebiet aufgenommen.

Ab 1. April kann der uneingeschränkte Warenverkehr zwischen Danzig und Polen erfolgen. Redner erhofft davon eine Verbilligung der Lebensmittel in Danzig.

Abg. Dohler (Dnail.) wies daraufhin, daß die polnische Valutaverordnung eine Enteignung der Danziger Gläubiger bedeutet. Kein Staat hat bisher derartige Verordnungen erlassen, dies habe auch mit zum Niedergang der polnischen Valuta beigetragen. Von der zufriedenstellenden Lösung dieser Frage solle der Senat seine Unterschrift abhängig machen.

Abg. Langowski (Pole) stellte sich auf den Standpunkt, daß Danzig keinen Rechtsanspruch auf Rückzahlung der Kapitalien in deutscher Währung habe. Der Senat möge diesbezüglich eine Bitte an die polnische Regierung richten. Die Angelegenheit sei eine Rechtsfrage, die durch die Danziger Gerichte entschieden werden muß.

Senator Jędrzejowski antwortete, daß der Senat es ablehnt, eine Bitte auszusprechen. Der Senat werde von dem Rechtsstandpunkt nicht abgehen.

Abg. Spitt (Z.) regte an, in der Währungsfrage gemeinsam mit dem Deutschen Reich vorzugehen.

Abg. Rau (USP.) war von der Antwort des Senats nicht befriedigt. Wenn der Wirtschaftsvertrag erst unterschrieben ist, besteht keine Aussicht mehr, auf Verwirklichung der Danziger Forderungen.

Abg. Gen. Kłobowski: Es ist das gute Recht des Danziger Staatsbürgers, das Geld und die Hypotheken, die einst in deutscher Währung gegeben wurden, auch in deutscher Währung zurückzuerlangen. Ein anderes Verfahren verstoße gegen Treu und Glauben. Von polnischer Seite wird sonst gegenüber Danzig stets das Zusammengehörigkeitsgefühl betont. Jetzt sollen wir wieder als Ausländer behandelt werden und noch schlechter gestellt werden als Engländer und Franzosen. Auch die Arbeiterklasse leidet unter diesen Verhältnissen. Manche, die sich unter großer Mühe und durch Mitarbeit von Frau und Kinder einige tausend Mark ersparten und in Hypotheken im heutigen Pommern anlegten, stehen nun in ihrem Alter vor dem Nichts. Die Häuserpreise sind in Pommern um das 10- bis 20-fache gestiegen; ländliche Grundstücke noch höher. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind ebenfalls stark gestiegen. Es ist deshalb Wucher trauriger Art, wenn man nun den Danziger Gläubigern das wertlose polnische Papiergeld als Zahlung anbietet. Das Geld muß in Danziger Währung zurückgezahlt werden. Die Deutschnationalen hätten in dieser Frage früher auf den Senat einwirken sollen. Bei der Preispolitik für landwirtschaftliche Produkte habe sie nicht vergessen, den Senat zu beeinflussen.

Abg. Dr. Rubacz (Pole) erklärte, der polnische Staat kann machen was er will. Er war ganz entrüstet, daß man die Regelung der Valutaverordnung mit dem Wirtschaftsvertrage verbinden will. Es bestehe kein rechtlicher Anspruch auf Rückzahlung in deutscher Währung, für eine ausgeliehene deutsche Goldmark erhalte man in Deutschland ja auch nur eine Papiermark zurück.

Abg. Dr. Neumann (D.P.) widersprach dieser Auffassung. Polen habe nicht das Recht, Maßnahmen zu treffen, die so schwer in das Wirtschaftsleben Danzigs eingreifen. Die Danziger Gerichte können wohl Urteile fällen, sind aber nicht in der Lage, die Urteile in Polen zu vollstrecken.

Bewährt!
Beliebt!
Erprobt!



Echter
Rähmscher
Schnupftabak



TABAK-FABRIK (5198)
B. Schmidt Nachf.
Fabrik-Niederlage
DANZIG
Danzig-Schidlitz
Rähm Nr. 16. Telefon Notamt 5527. Karthäuserstr. 113 Telefon 2747

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

Er stockte einen Augenblick, da er seiner eigenen Gedanken über dieses Thema nicht sicher war. — „Es hat noch so viel zu lernen. Dinge, die es vielleicht niemals erlernen wird. Es wird ihm viel verloren gehen.“

„Ich weiß von etwas Schönerem, das es niemals verlieren wird“ — meinte Mary grimmig — „das ist Herr Hal Warner.“ — Dann nach einer kurzen Pause: „Ich möchte, daß Sie mich recht verstehen, Herr Warner.“

„O Mary — hat er — sprechen Sie nicht so zu mir, ich bin für Sie Joe!“

„Gut, also Joe; der Name wird Sie an ein nettes Abenteuer erinnern, an die paar Wochen, in denen Sie ein Arbeiter waren. Das gehört auch zu dem, was ich sagen will. Wenn ich auch nur eines armen Bergmanns Tochter bin, so habe ich doch meinen Stolz; und neulich habe ich meinen Platz gefunden.“

„Was meinen Sie damit?“

„Verstehen Sie mich wirklich nicht?“

„Wirklich.“

„Sie sind Frauen gegenüber dumm, Joe; Sie haben nicht bemerkt, wie das Mädchen zu mir war, als wäre ich eine Art Ingegnier gewesen? Sie wußte nicht sicher, ob ich heiße, wollte sich lieber seiner Gefahr aussetzen, schüttelte mich ab; ja! Und Mary machte mit der Hand eine Gebärde, wie wenn jemand ein lästiges Insekt abtreibt.“

„Ah — hat Hal — Sie sind ungerecht.“

„Ich bin so ungerecht, wie ich sein kann, Joe. Ich habe mir das alles im Kopf zurechtgelegt; sehe ein, daß sie vielleicht nichts dafür kann — es ist eben ihre Klasse; ihr seid alle ja auch die Besten, sogar Sie, Joe Smith.“

„Ja — erwiderte er — dies sagte Tim Rafferty ebenfalls.“

„Tim hat zuviel gesagt, doch war auch etwas Wahres daran. Sie glauben, Sie sind hier einer von uns gewesen. Lehrt Sie denn nicht Ihr eigener Verstand den Unterschied — wie ein Canon der Millionen Meilen breit wäre — zwischen einem armen, unzufriedenen Geschöpf in der Kohlegrube und einer Dame, der Tochter eines reichen Mannes? Sie sagen, ich solle mich meiner Armut nicht schämen; würden Sie nicht aber an die Seite stellen — trotz Ihrer schönen Freundschaftsgefühle für die, die unter Ihnen stehen? Haben Sie das nicht bei den Minnetts bewiesen?“

„Ja, aber sehen Sie, Mary“ — er versuchte zu lachen — „ich war daran gewohnt, Jesse zu gehorchen. Habe sie lange vor Ihnen gekannt.“

„Ah, Joe, Sie haben ein gütiges Herz, freundliche Worte. Wollten Sie nicht die Wahrheit erfahren? Sie sagten, Sie seien hergekommen, um die Wahrheit kennen zu lernen.“

Mit leiser Stimme bejahte Hal die Frage und unterbrach Mary nicht mehr.

Auch Mary senkte die Stimme, und Hal fiel es auf, wie weich und warm sie klang, wenn das Mädchen bewegte war.

„Mein Leben lang habe ich in den Kohlegruben verbracht. Joe Smith, habe gesehen, wie Männer beraubt und geschlagen werden, wie Frauen weinen und Kinder hungern. Habe die Gesellschaft gesehen, das große, böse Tier, das sie alle verschlingt. Doch habe ich nie den Grund hierfür gekostet, nie die Bedeutung — bis zu jenem Tage bei den Minnetts. Ich hatte freilich in den Büchern von vornehmen Damen gelesen, doch hatte ich niemals mit einer gesprochen, niemals eine sozusagen hinuntergeschlucken müssen. Dort aber mußte ich es — und plötzlich wußte ich auch, wo das Geld hinkommt, das uns Bergleuten abgepreßt wird. Ich sah, weshalb uns die Leute berauben, unser Leben aufsaugen — für diese vornehme Damen geschleht es, damit die so weich und schimmernd sein können. Es wäre ja nicht so arg gewesen, wäre sie nicht gerade damals gekommen, da unten im Schacht die Männer und Knaben starben, starben für diese weiche, weiße Haut, für diese weichen, weißen Hände, für die Seide; in der sie einherrauschte.“

Mein Gott, Joe — wissen Sie, wie sie mit vorkam? Wie eine glatte, wohlgenährte Kugel, die eben ein Nest voller Mäusekinderchen verschlungen hat, deren Blut noch an ihren Rippen klebt.“

Mary verstumte, ihr Atem kam rascher. Auch Hal schwieg und nach einer kleinen Weile fuhr sie fort:

„Ich habe es mit mir selbst ausgeknüpft, Joe! Sie sollen mich nicht für besser halten, als ich bin; ich habe mir die Frage gestellt: habe ich sie mit so tödlichen Haß wegen der Leute unten im Schacht oder wegen des eines Mannes, den ich begehre und der ihr gehört? Und ich wußte die Antwort! Dann aber fragte ich mich: wenn du könntest, müdest du sein, wie sie? Würdest du handeln wie sie handeln — das auf deine Seele laden? Und so wahr mich Gott hört, Joe, ich spreche die Wahrheit — ich möchte es nicht! Nein, keinem Mann der Welt zuteil!“

Sie hatte im Sprechen die geballte Hand erhoben, nun ließ sie sie wieder sinken, schritt weiter, ohne ihn anzublicken. „Wenn Sie es tausend Jahre lang versuchten, Joe, könnten Sie dennoch das Gefühl nicht begreifen, das mich damals, bei den Minnetts, erfaßte. Die Schande — nicht die Schande über das, was sie mir angetan, aber dessen, wozu sie mich in meinen eigenen Augen machte. Ich — die Tochter eines betrunkenen alten Bergmanns und sie — ich weiß ja nicht, was ihr Vater ist — doch ist sie eine Art Prinzessin, und sie weiß es auch. Und darauf kommt es an, Joe. Es ist nicht so sehr, daß sie Geld und so viele schöne Sachen hat, daß sie zu sprechen versteht, nicht, daß ihre Stimme schön klingt und meine, wenn ich wüte, wie eben jetzt, häßlich ist. Nein, aber daß sie so sicher ist! Das ist das richtige Wort — sicher, sicher. Sie besitzt schöne Sachen, hat sie immer besessen, hat ein Recht darauf. Und ich habe bloß ein Recht auf Nummer und Leib; denn und Angst hegen mich alle Tage meines Lebens, nun habe ich sogar das Dach über meinem Haupte verloren! Joe, Sie kennen meinen Charakter — es ist nicht leicht mich unzugutzuzeigen; aber als sie mir damals gezeigt, wohin ich gehöre, ging ich mich verheulen, begrub vor schwarzem Born mein Gesicht im Schmutz.“ (Fortsetzung folgt.)

Damit war die Aussprache beendet.
Der Antrag des Senats auf Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Schauer und Löwe — ihrer wegen Preßvergehens, letzterer wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt — wurde dem Reichskassenschieds überwiefen.
Der letzte Punkt der Tagesordnung sah eine Aenderung der Gesetze über Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vor. Der Präsident schloß die Heberweisung an einen Ausschuss vor.
Hrn. Gen. Kreyhohn erklärte sich mit der Ausschussberatung einverstanden und wandte sich scharf gegen die Bestrebungen, für die Landwirtschaft, die Angestellten und die kommunalen und staatlichen Arbeiter Sondergerichte einzuführen. Alle diese Gruppen müßten dem Gewerbegericht und dem Kaufmannsgericht unterstellt werden.
Die Vorlage wurde dem Reichskassenschieds überwiefen. Gegen 4 1/2 Uhr war die Tagesordnung erledigt. Das Haus vertagte sich. Der Präsident wurde ermächtigt, die neue Sitzung festzusetzen.

In dem Bericht über die Donnerstagssitzung haben wir zu berichten, daß der Abg. Kuhnert (Pole) nicht für den kommunistischen Antrag eintrat, sondern den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Unterstufung der Geschädigten in Oppau unterstützte.

Danziger Nachrichten.

Wenns zum Winter geht...

Wenn der Herbst mit bunten Lichtern — tupft in allen Baumgesichtern — und die letzten Vogelscharen — nach dem warmen Süden fahren — wird's im Durchschnitt der Gefühle — doch gewöhnlich schon recht kühl! — Und von wintertlichen Sachen — möchte gern Gebrauch man machen. — Aber leider, dreimal leider! — Wer kann sich beschaffen Kleider, — wo die Preise ständig steigen — und sich unbezahlbar zeigen! — Angenommen: Sie müßt Bierchen — neue Kleider ausstaffieren! — Reche rund (es ist nicht stark) — rund herum zehntausend Mark! — Da sind Stiefel, Strümpfe, Kleider — Mäntel, Hüte usw. — Na, was braucht es einer Bille — Du weißt selbst, wie furchtbar trübe — dies Kapitel ist, nicht wahr? — Proletar bleibst Proletar! — Jedenfalls ein Lichtblick fällt — nicht in Deine Armutswelt! — Selbst das Nötigste Dir fehlt! — Wer sich noch so redlich quält! — Nahrungsmittel, Kleidung, Sachen, — die das Leben leichter machen, — kannst Du heute Dir zu leisten — Dich auf keinen Fall erdreisten. — Und Du schaust und sinnst zurück: — woher nur das Mißgeschick? — Soll das Elend niemals enden? — Sollst Du nicht mit Deinen Händen — Dir ein besseres Los erringen — können, und das Schicksal zwingen? — Soll'n dem Reichtum nur allein — Freude, Glanz und Sonnenschein — ewiglich beschieden sein? — Nur nicht zürnen, nur nicht jagen: — Di r auch wird die Sonne tagen — und nach Dunkelheit und Nacht — Dir ein neuer Morgen lacht! — Du mußt wissend, voll Vertrauen — in die harte Zukunft schauen! — Nur ein fester Willen zwingt — jede Hemmnis unbedingt! — Aus den Tiefen, aus den Nöten — schreiten wir dereinst zum Licht, — wenn aus Zukunftsmorgentönen — uns grüßt neue Zuversicht! — Ist auch streng und rauh und hart — die gequälte Gegenwart: — nur die Arbeit zwingt die Qual, — stärkt und hebt das Ideal, — macht jeden wieder frei, — wie er auch geknechtet sei! — Darum helfe jeder mit: — Gleichheit liegt im Massenschritt! — Lasset froh die Banner fliegen, — heißt uns kämpfen, daß wir siegen!

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, Pöppelstraße 10: Erbauungsversammlung. Prediger Siegmeyer wird über das Thema reden: Norddeutsche Religion im Anschluß an das Leben und die Werke Theodor Storms.

Aus den Gerichtssälen.

Der überschrittene Kartoffelhöchstpreis. Der Kaufmann Gustav Dau in Zülthof kaufte Anfang 1921 aus Pommeren Kartoffeln für sich und den Rest zum Weiterverkauf. Er nahm für den Zentner 85 Mk. Der Höchstpreis betrug 28,50 Mk. Er stand nun vor dem Schöffengericht und vertheidigte sich durch den Vertreter damit zu entschuldigen, daß er an den Kartoffeln nichts verdient habe. Sie waren zum Teil schlecht geworden und die schlechten Kartoffeln habe er unter dem Höchstpreis verkaufen müssen. Das Gericht sah die Sache milde an und setzte die Strafe des Strafzeichens vor 5000 Mk. auf 2000 Mk. herab.

Ein Todesurteil im Swinemünder Landfriedensbruchprozeß.

Unter der Anklage des Mordes und des schweren Landfriedensbruchs sowie des Sprengstoffverbrechens hatten sich vor dem Reichsgericht der Gelegenheitsarbeiter Johannes Newbold, der Wäcker Paul Moll und der Schiffshelzer Friedrich Rastig, sämtlich aus Swinemünde, zu verantworten. Es handelt sich um den leinzeit gemeldeten Handgranatenwurf auf die zwischen Swinemünde und Ostvorne verkehrende Fähre. Drei Menschen hätten dabei ihr Leben ein, außerdem wurden zahlreiche Personen verletzt. Den Anlaß zu dem Mord hatte eine Schlägerei zwischen Rastig und Moll, die während der Fahrt auf der anderen Seite ausgebrochen war. In der Vernehmung ergab sich aus der Vernehmung des Hauptangeklagten Newbold, der es in der Schule nur bis zur vierten Klasse gebracht hat, und dann wegen eines Diebstahls in Gefängnis genommen ist, folgender Verlauf der Vorgänge. Zwischen den Zivilisten und Reichswehrangehörigen auf der einen Seite und den Marineangehörigen auf der anderen Seite hatte sich in Swinemünde seit langem eine Feindschaft herausgebildet, die mitunter zu Schlägereien führte. Eine solche Schlägerei hat denn auch den Anlaß zu den unter Anklage stehenden Vorgängen gegeben. Am Tage nach dieser Schlägerei, am 6. März, will Newbold mit einem gewissen Wolff zu dem Weidwälder Schützenhaus gegangen sein, wo Tanz war. Auf Anrufen des Wolff will Newbold eine in seinem Besitz befindliche Handgranate und eine kurze Spitzkugel als Waffen zu sich gefickt haben, weil es hieß, daß man es der Marine einmal ordentlich „besorgen“ wolle. Der Wirt des Lokals verweigerte jedoch dem Newbold den Eintritt. Draußen fanden sich 50 bis 70 Menschen zusammen, darunter Moll und Rastig, die schließlich zur Fähre zogen, weil dorthin die Marineleute kommen mußten, um ihre Schiffe (Torpedoboote) am rechten Uferufer zu erreichen. Der Weg führte an mehreren anderen Landhöfen vorbei, wo die Leute Einlaß suchten, aber nicht fanden. Zwischenzeitlich will Newbold dem Wolff auf dessen Verlangen die Torpedoboote gegeben haben. Am der Fähre wurden die einzelnen kommunistischen Marineleute verprügelt, wobei Rastig mit einer Faustkante bereitete. Einer der Lieberfahrenden sprach jämmerlich, was die

schon auf dem Fährdampfer befindlichen, etwa 80 Leute, veranlaßte, eine Ausfall zu machen. Die darauf entstandene allgemeine Prügelei wurde durch das Abfahrtszeichen des Dampfers getrennt. Die Marineoffiziere zogen sich zurück und das Schiff legte ab. Moll hielt Newbold die Handgranate wieder, Moll soll sie ihm auf Rastigs Geheiß gegeben haben, und schleuderte sie auf den Dampfer, wo schweres Unglück durch sie angerichtet wurde. Das Ergebnis der umfangreichen Vernehmungsaufnahme fasste der Vertreter der Anklage dahin zusammen, daß im Zusammenwirken mit dem Sprengstoffverbrechen bei Newbold Totschlag erwiesen sei, während die Mitbeschuldigten wegen Beihilfe zu beiden Verbrechen bestraft werden müßten. Demgemäß wurden die Schuldfragen formuliert. Das Gericht verhängte nach eingehender Beratung die Todesstrafe gegen den Angeklagten Johannes Newbold, der des schweren Sprengstoffverbrechens im Zusammenwirken mit Totschlag und Landfriedensbruch schuldig befunden wurde. Wegen verbotenen Waffenbesitzes erkannte das Gericht auf fünf Monate Gefängnis und 100 Mark Geldbuße; diese Strafe gilt als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Als Mitbeschuldigte wurden der Wäcker Paul Moll und der Schiffshelzer Friedrich Rastig wegen Landfriedensbruchs mit Ruchtheilstrafen von einem Jahr sechs Monaten und einem Jahr drei Monaten belegt. Ihnen wurden vier bezw. drei Monate Untersuchungshaft angedroht.

Feuergefecht mit Schmugglern. Von polnischer Seite kommend, versuchte eine 15 Köpfe starke Schmugglerbande bei Kaminkchen bei Kreuz (Grenzmarkt) mehrere Stück Rindvieh über die Grenze nach Deutschland zu schmuggeln. Sie wurden dabei von der polnischen Grenztruppe überrascht. Als Antwort auf ihren Anruf erhielten die polnischen Grenzbeamten eine Handgranate entgegengeworfen und aus Gewehren und Revolvern Feuer. In dem sich nun entzündenden Gefecht wurde ein polnischer Grenzbeamter schwer verwundet. Er soll seinen schweren Verletzungen bereits erlegen sein. Vier Schmuggler sind verhaftet. Die übrigen sollen entkommen sein. — An derselben Stelle wurden in der folgenden Nacht von der polnischen Grenztruppe wieder 2 Herde, die nach Deutschland geschmuggelt werden sollten, beschlagnahmt.

Widerbenötigte Wurstkonzerntfabrik. In der Rügenwalder Wurst- und Fleischkonzerntfabrik vorm. Georg Schmidt hat es zwischen der Firma und der Betriebsabteilung zu Differenzen gekommen, weil die Firma die Forderung eines Stundenlohnes von 4,50 Mk. für die Arbeiter ablehnt (es werden jetzt nur 3,30 Mk. pro Stunde bezahlt) und alle diesbezüglichen Schreiben der Organisationsleitung der Arbeitnehmer bisher unbeantwortet ließ. Zurzeit sollen Verhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund im Gange sein, um den Wohlstand über die Produkte der Firma Schmidt zu verhängen, welche in den Wurst- und Fleischwarenhandlungen und Delikatessenhandlungen zum Absatz kommen. Bei den übrigen Rügenwalder Wurstfabriken ist eine Einigung mit den Arbeitern resp. deren Organisationsleitung erzielt.

Bewerkschaftliches.

Die Einigung im Buchdruckgewerbe Deutschlands. Nach den getroffenen Vereinbarungen erhöht sich vom 1. Oktober an der Stundenlohn durchschnittlich um 1,40—1,50 Mk., vom 15. November an erhöht sich diese Aufbesserung durchschnittlich auf 2 Mk. Die Hilfsarbeiter nehmen anteilmäßig nach den Bestimmungen des Tarifvertrages an dieser Lohn-erhöhung teil. Die Gehilfenvertretung hat diesen Abmachungen ausgetimmt, so daß die kritische Situation als beigelegt betrachtet werden kann.

Gewerkschaftliche Solidarisität. Nachdem der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes kürzlich 100 000 Mk. für die von der Hungernot betroffene russische Bevölkerung bewilligt hat, fachte er jetzt den Beschluß, 50 000 Mk. für die Opfer der Katastrophe in Dronau bereitzustellen. Beide Beträge sind dem Vorstand des D. E. V. zur Weiterleitung überwiesen worden.

Die Forderungen der Arbeiter in den Vereinigten Staaten. Nach dem Bericht des Arbeitsministeriums betrug die Zahl der Arbeitlosen Mitte August 5 735 000. Davon entfielen auf: Fabriken und mechanische Betriebe (Baugewerbe inbegriffen) 3 900 000, Bergwerke 250 000, Verkehrswesen 800 000, Handels- und Bureauangestellte 450 000, Diensthofen und ähnliche Berufe 335 000.

Das Ende eines amerikanischen Streiks. In Philadelphia war in der Textilindustrie ein allgemeiner Streik im Gange. Nach dem Bericht der „New York Times“ haben nunmehr die Zimmerleute — an Zahl 9000 —, die Bedingungen der Unternehmer angenommen, was auch dem Generalstreik ein Ende machen dürfte. Die Vereinbarung bringt eine Lohnherabsetzung von 30 Prozent und wöchentlich 4 Stunden Mehrarbeit. Die Zimmerleute müßten sich verpflichten, künftighin in keinen Streik mehr einzutreten und daneben die nichtorganisierten Arbeiter vor allen Befristungen zu schützen. Die Annahme solcher Bedingungen wirft ein helles Licht auf die amerikanischen Verhältnisse.

Volkswirtschaftliches.

Steigende Papiertafel. Die letzte von der Reichsbank veröffentlichte Wochenübersicht muß sehr nachdenklich stimmen. Sie zeigt ein bedenkliches Anwachsen des Banknoten-Umlaufs. Am 15. September d. Js. wurde in der Wochenübersicht der Reichsbank der Gesamtbetrag der umlaufenden Noten auf 81 469 690 000 Mark angegeben. In der Uebersicht vom 23. September dagegen auf 82 178 940 000 Mark. Das ist in sieben Tagen ein Anschwellen des Banknotenumlaufs um über 709 000 000 Mark. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres ist der Notenumlauf natürlich ganz erheblich gestiegen. Am 23. September 1920 betrug er erst reichlich 59 Milliarden Mark. Er ist also im Laufe eines Jahres um rund 23 Milliarden Mark erhöht worden. Demgegenüber ist

die Golddeckung nicht nur prozentual, sondern auch überhaupt zurückgegangen. Am 23. September d. Js. lag in der Reichsbank ein Goldbestand von 1 023 705 000 Mark. Einen Monat früher waren es rund 70 Millionen Mark Gold mehr. Die Summe der deutschen Banknoten ist nur zu 1,40 Prozent durch Edelmetall gedeckt.

Aus aller Welt.

Brand eines Warenhauses. Mittwoch früh ist das Warenhaus „Printemps“ (Frühling) in Paris durch Feuer fast vollkommen zerstört worden. Der Brand brach im dritten Stockwerk aus, wo ein Möbelloker untergebracht war. Das Feuer griff schnell um sich und hatte sich bald über das ganze Gebäude ausgebreitet, da es an den Warenlagern reiche Nahrung fand. Gegen 9 Uhr vormittag stürzte die Front des neuerbauten Teils des Warenhauses ein. Es gelang der Feuerwehr, den alten Bau zu schützen. Personen sind bei dem riesigen Feuer nicht verunglückt. Der Schaden wird auf 50 Millionen Franks geschätzt. 6000 Angestellte sind zum Feiern gezwungen. Die Ursache des Feuers wird auf Kurzschluß zurückgeführt.

200 Millionen unterschlagen. Gegen die Brüder Dieblich, Inhaber der Firma Theodor Wille, Hamburg, und Heinrich Dieblich, Kiel, ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft Hamburg Anklage wegen Veruntreuung erheblicher Millionenbeträge als Testamentsvollstrecker an dem Nachlaß des verstorbenen Mitinhabers Hoepfner erhoben worden. Die unterschlagene Summe soll sich auf 200 Millionen Mark belaufen. Der Gesamtfortschritt wird jedoch auf 300 Millionen geschätzt. Es soll sich hauptsächlich um Auslandsgebühren handeln! Außer der Genannten sollen weitere angesehene Persönlichkeiten in das Strafverfahren verwickelt sein.

Seeemannsloß. Wie aus Helsingfors mitgeteilt wird, ist der Schoner „Nanna“ beim Leuchtfeuer von Väderö in einer schweren See gelentert, wobei zwei Mann der Besatzung ertranken. Der Kapitän und der Seemann blieben allein auf dem Schiff und kammerten sich daran fest. Nach längerem Treiben wurde es dann fünf Seemeilen nordwestlich von Lorelov gesichtet, worauf sofort ein Boot mit Rettungsmannschaft nach dem Wrack abfuhr. Der Seemann wurde in völlig erschöpftem Zustande geborgen und ins Hospital gebracht. Der Kapitän war etwa eine halbe Stunde vor Eintreffen der Rettungsmannschaft, da er sich infolge Entkräftigung nicht mehr an dem Wrack halten konnte, ertrank. Es sind dann Fischer aus Lorelov ausgefahren und haben das Wrack geborgen.

Die Jersfahrten eines Correggio. Während des deutschen Vormarsches in Frankreich verließen Bürger von Douai wertvolle Gemälde aus dem dortigen Museum in Valenciennes. U. a. ging auch ein Correggio diesen Weg. Das wertvolle Gemälde stellte die Maria Magdalena dar. Die in Douai einziehenden deutschen Truppen ahnten, als sie in dem verlassenen Hause, in dem der Correggio zunächst Unterkunft gefunden hatte, einquartiert wurden, nicht, welchen hohen Wert das Gemälde hatte. Sie schmickten damit einen Eisenbahnwagen aus. Längere Zeit machte das Gemälde die Fahrt zwischen Deutschland und Frankreich hin und her, bis sich ein deutscher Offizier des „alten Bildes“ erbarmte und seine Unterbringung im Soldatenheim anordnete. Der Schöpfer des Bildes und sein Wert wurden aber nicht erkannt. Nach der Revolution nahm ein Soldat die hübsche Magdalena mit nach Hamburg. Hier verkaufte er sie für wenige Mark an einen Gastwirt. In dessen Anstalt verirrte sich zufällig ein Kunstverständiger, der den Meister selber nicht feststellen vermochte, aber doch sah, daß er ein wertvolles altes Bild vor sich hatte. Durch Nachfrage erfuhr er die Herkunft des Bildes. Auf Umwegen erfuhr ein Mitglied der Interalliierten Kommission von dem Meistergemälde. Die Kommission verfügte die sofortige Beschlagnahme des Bildes bei dem Hamburger Wirt, der natürlich sehr erstaunt war, zu hören, wozu großen Schach er beherzigt hatte. Die Interalliierte Kommission ließ das Bild photographieren und sandte einen Abzug dieses Bildes an die Museumsverwaltung in Douai ein, damit diese die Wichtigkeit des Eigentums nachprüfen könne.

Die Barbarei des § 218. Es häufen sich die Strafverfahren wegen Verbrechen wider das keimende Leben. — Eine solche Verhandlung hatte in Darmstadt 15 Angeklagte vor die Strafkammer gebracht. Es sind bisher unbestrafte Frauen und Mädchen. Im Mittelpunkt des Falles stand eine Frau, die die Kartenschlägerei betrieb und ihren Kunden auch aus heimlicher Not gegen nicht sehr hohes Entgelt zu helfen pflegte. Im letzten Frühjahr wurde sie deshalb verhaftet, worauf sie in der Untersuchung ein Geständnis ablegte und die Namen der erwählten anderen Beteiligten preisgab. Sie selbst wird sich vor dem nächsten Schwurgericht auf § 219 St. G. B. zu verantworten haben. 13 der jetzigen Angeklagten waren des verübten oder vollendeten Verbrechen nach § 218 St. G. B. zwei männliche Angeklagte der Beihilfe beschuldigt. Drei Verleumdungen wirkten in der Verhandlung mit. Sie erwiderte damit, daß nur eine der Angeklagten des vollendeten, die übrigen des verübten Verbrechen bezichtigungsweise der Beihilfe schuldig befunden wurden. Jene erste erhielt die zulässige Mindeststrafe von 6 Monaten, die anderen wurden zu je 4 Monaten und eine verheiratete Frau (Mutter von 12 Kindern) zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Sport und Körperpflege.

(Mitteilungen des Arbeitersportvereins.)

Schiedsrichtervereinigung. Die Sitzung am Sonnabend muß umständehalber verlegt werden. Termin wird schriftlich bekanntgegeben.

Freie Turnerschaft Danzig. Sonntag vormittags von 9,30 Uhr ab: Fußballtraining auf dem Heinrich-Glücksplatz. Die Teilnehmer an der Wanderung nach Otomün treffen sich um 8 Uhr vormittags auf dem Gemarkung. Die 2. Fußballmannschaft trifft sich um 1 Uhr nachmittags am Werderort zum Serienpiel mit dem Sportverein Bürgerweiser.

Dienstag, den 4. Oktober abends 7 Uhr: Vorstandssitzung beim Turngenossen R. Neumann, Stiftswinkel 11 b.

Freitag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr bei Schmidt's, Schillingstraße: Mitgliederversammlung.

Gosda's Gekachelter

(garantiert rein)

für Qualitäts-Schnupfer

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 5.

4941

LACK

ist modern. Durch rechtzeitige grosse Abschlüsse sind wir in der Lage, gutes Gebrauchs- und Luxus-Schuhwerk jeder Art jetzt noch hervorragend billig zu verkaufen.

Damen - Schnürschuhe
bester Chrom-
lack, moderne
Form, sehr eleg. **179⁰⁰**

Damen - Spangenschuhe
feinst. Chrom-
lack, beste Aus-
führ., bes. billig **195⁰⁰**

Damen-Lack-Schnürschuhe
hervorragend in
Qualität, feinste
Rahmenerbeit. **249⁰⁰**

Damenstiefel mit Lackbes.
hoher Schaft,
vorzügl. Verar-
beit., echt. Rand **265⁰⁰**

Herrn-Lack-Schnürschuhe
in Chromlack,
feinste Rahmen-
arb., eleg. Form **260⁰⁰**

Herrn-Lackstiefel
in Chromlack,
hervor. in Aus-
führ. u. Material **295⁰⁰**



Langgasse 73

Ämliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

über die Ausgabe neuer Beitragsmarken für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung für die Zeit nach dem 1. Oktober 1921.

Für die Zeit nach dem 1. Oktober 1921 sind nach dem Reichsgesetz vom 23. Juli 1921 über die anderweitige Festsetzung der Beiträge in der Invalidenversicherung, das auch durch den Volkstag der Freien Stadt Danzig am 27. September 1921 angenommen worden ist, bis auf weiteres als Wochenbeitrag zu erheben:

in Lohnklasse A 3,50 M Jahresarbeits-	verdienst bis zu 1000 M
in Lohnklasse B 4,50 M Jahresarbeitsverdienst	von mehr als 1000 M bis zu 3000 M
in Lohnklasse C 5,50 M Jahresarbeitsverdienst	von mehr als 3000 M bis zu 5000 M
in Lohnklasse D 6,50 M Jahresarbeitsverdienst	von mehr als 5000 M bis zu 7000 M
in Lohnklasse E 7,50 M Jahresarbeitsverdienst	von mehr als 7000 M bis zu 9000 M
in Lohnklasse F 9,00 M Jahresarbeitsverdienst	von mehr als 9000 M bis zu 12000 M
in Lohnklasse G 10,50 M Jahresarbeitsverdienst	von mehr als 12000 M bis zu 15000 M
in Lohnklasse H 12,00 M Jahresarbeitsverdienst	von mehr als 15000 M

Als Jahresarbeitsverdienst für die Zugehörigkeit zu den Lohnklassen (§ 1245 Abs. 1) gilt:

bei täglicher Zahlung das 30fache	
„ wöchentlicher „	52
„ zehntägiger „	30
„ vierzehntägiger „	26
„ monatlicher „	12
„ vierteljährlicher „	4

des gezahlten Entgelts. Gewinnanteile und andere Bezüge, die der Versicherte gewohnheitsgemäß erhält, werden bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes nach dem im vorangegangenen Kalenderjahre gewährten Beiträge zu Grunde gelegt. Für Sachbezüge gilt der nach § 180 Abs. 2 R. V. D. festgesetzte Wert. Für unständig Beschäftigte (§ 441 ff) gilt das 30fache des Ortslohnes (§ 149) als Jahresarbeitsverdienst.

Das Entgelt ist auf volle Mark abzurunden.

Als Ortslohn (ortsübliches Tagesentgelt gewöhnlicher Tagearbeiter) kommen für die nachstehenden Bezirke folgende Sätze in Betracht:

Bezirk des Versicherungsamtes	Arbeiter im Alter von 16-21 Jahr. 21 Jünger alt		Arbeiter im Alter von 16-21 Jahr. 21 Jünger alt	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
d. Stadtkreis Danzig	15	10	21	12
d. Kreis Danz. Niederg.	12	7	16	9
d. Kreis Danziger Höhe				
a) Gemeinden				
Oliva, Ohra, Prantz, Emaus, Brentau, Pichhendort	14	8	18	10
b) übrige Teil d. Kreises	10	6	15	9
der Stadt Zoppot	15	10	21	12
des Kreises Gr. Werder				
a) Gemeinden				
Tiegenhof, Rentisch und Kalhof	12	7	15	10
b) übrige Teil d. Kreises	10	6	15	9

Im Stadtkreis Danzig beträgt der Wert der freien Station für:

a) männliche Gesellen und Gehilfen	3600 M
b) weibliche	2700 M
c) gewerbliche Lehrlinge	2300 M
d) männliche Handlungsgehilfen	3000 M
e) weibliche	2700 M
f) Handlungslehrlinge	2700 M
g) Erzieherrinnen, Gesellschafterrinnen usw.	3100 M
h) männliche Diensthofen	2350 M
i) weibliche	2050 M

Für Aufwärterinnen beläuft sich der Wert der vollen Beköstigung auf täglich 5 M, für Wäscherinnen auf 7 M.

Ungültig gewordene Marken können binnen 2 Jahren nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer bei den Markenverkaufsstellen gegen gültige Marken im gleichen Geldwert umgetauscht werden. Die seit 1. August 1920 auf Grund

des Gesetzes vom 28. Dezember 1920 in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. April 1921 zu verwendenden Marken werden beim Umtausch zum doppelten Geldwert angerechnet.

Die bis zum 30. September 1921 gültigen Marken dürfen für die Zeit nach dem 1. Oktober 1921 nicht mehr zur Verwendung gelangen, da sie weder angerechnet noch erstattet werden.

Zahlungsmarken kommen vom 1. Oktober 1921 ab in Wegfall. (5251)

Danzig, den 29. September 1921.

Der Vorstand

der Landesversicherungsanstalt Westpreußen.

Den Firmen, die an der Regelung eines aktiven und passiven Veredlungsverkehrs nach Inkrafttreten der Zollunion mit Polen ein besonderes Interesse haben, wird empfohlen, sich an die Handelskammer zu wenden. Der Syndikus der Handelskammer ist in dieser Angelegenheit vom 1. bis 30. Oktober jeden Werktag mit Ausnahme Mittwochs in der Zeit von 1 bis 2 Uhr zur Auskunftserteilung bereit. Danzig, den 30. September 1921. Die Handelskammer. (5243)

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt einige Schulhelferinnen.

Besoldung je nach Vorbildung, Alter und Erfahrung nach Gruppe IV oder V der staatl. Besoldungsordnung unter Abzug von 10% von der Grundvergütung.

Bewerbungen von Personen, die auf dem Gebiet der allgemeinen Wohlfahrts- und Jugendfürsorge die erforderliche Vorbildung und Erfahrung besitzen, insbesondere solche, die eine soziale Frauenschule besucht haben und die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspflegerinnen besitzen, sind unter Beifügung eines Lebenslaufes und der erforderlichen Nachweise über die Befähigung bis zum 15. Oktober d. Js. bei dem unterzeichneten Amt einzureichen.

Danzig, den 28. September 1921. (5227) Städt. Jugendamt.

Deutschkundliche Woche Danzig

4. bis 9. Oktober. Näheres: Stadtgraben 5 (Verkehrszentrale) Fernspr. 549. Deutscher Heimatbund.

Kaffeehaus Bürgergarten

Karthäuserstr. 27 Telefon 2457

Morgen, Sonntag, den 2. Oktober

Familienkränzchen

Empfehle meinen gr. Saal u. Nebenzimmer für Vereine zu kulanten Bedingungen.

Anfang 4 Uhr Anfang 4 Uhr

M. Stoppuhn 5241

Café Friedrichshain

Empfehle meinen neu renovierten großen Saal mit Nebenzimmern für Vereinsfestlichkeiten und Gesellschaften zu kulanten Bedingungen.

Moderne neue Theaterbühne 5208

Metropol-Lichtspiele

Dominikswall 12.

Endlich eingetroffen!

Tom Black d. Verbrecherfürst

I. Teil: Die Teufelsuhr!

II. Teil: Der tote

Passagier!

Große Kriminal-Sensationen in 11 Akten.

Lustspiel-Einlagen. (5286)

4-6-8 Uhr. Sonntag 3 Uhr.

Lichtbild-Theater

Apollo III. Damm 3. (5219)

Spielplan v. 30. 9. - 3. 10. 1921

4 Sensationstage!

Die Camera obscura

Sensations-Detektivdrama in 5 Akten.

Stuart Webbs ... Ernst Reicher

Monte Carlo

Ein Abenteuer in 5 Akten.

In der Hauptrolle: Friedrich Zelnik.

Einlage! (5251)

Otto Siede Danzig

Holzmarkt 25/26.

Ausbildung von Damen und Herren in

Buchführung und Kontorarbeiten

Auch Unterricht in einzelnen Fächern, sowie Stenographie, Maschinenschreiben und Sprachen. Einzelunterricht, daher Eintritt jederzeit. Aushaus u. Lehrplan kostenlos.

(5219)

Berein der Buchdruckereibesitzer im Gebiet der Freien Stadt Danzig

Im Anschluß an die vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker unlängst beschlossenen neuen Lohn-erhöhungen, sehen sich auch die Danziger Buchdruckereibesitzer genötigt, sehr erheblich Lohn-erhöhungen vom 1. Oktober ab zu bewilligen. Außerdem sind die allgemeinen Unkosten, ebenso die Preise für Papier und sonstiges Material weiter gestiegen. Diese ungeheuren Mehrkosten machen eine erhebliche

Erhöhung aller Drucksachenpreise

erforderlich. Indem wir die Kunden der Druckereien auf diese Tatsache hinweisen, bitten wir, insbesondere auch die Behörden, die bei ihnen eingehenden Anträge auf Erhöhung der Preise bei laufenden Kontrakten zu bewilligen

Der Vorstand

MODERNE KUNST LICHTSPIELE LANGFUHR

Das alles übertrifft das Glasprogramm.

Der Herr der Bestien.

Der große Raubtierfilm.

Aufregendes Sensationsdrama mit Carl de Vogt.

Das Geheimnis der Mumie.

Der große Ufa-Detektiv-Film

mit Egede Nissen, Magnus Stifter.

Großes Karicchen-Lustspiel:

Das Rezept gegen böse Schwiegermütter

Ein Programm, d. niemand versäumen sollte.

Ab Dienstag: Der größte Film der Welt.

mit Heany

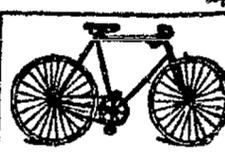
Anna Boleyn Porten.

In den Kammerlichtspielen:

Des großen Erfolges wegen bis einschließlich Sonntag:

Der Reiter Harry Piel Sein schwerster Sieg.

ohne Kopf!



Jahrräder

prima Bereifung, nur Qualitätsware, zu den billigsten Tagespreisen. Großes Lager in 1920. Ersatz- und Zubehörteile. Reparaturen sachgemäß schnell u. billig. Erstes Danziger Fahrrad-Haus Röhrl u. Heidenreich, Breitgasse 58. Tel. 2701.

Gaskocher

zu verkaufen. Freund, Stiftswinkel 5, Hof 2 12.

Damen-Fahrrad

Tennisschläger, 3täg. Spindlerhut zu verkauf. Doggenpflü 58 II. Best. 5-6 Uhr. H

Winterhüte

Sehr gut erhaltene (7 wegen Todesfall zu verkauf. Woyke, Abbege 58, B.

Danziger Nachrichten.

Streik im Metallgewerbe.

Bei der Apparatebauanstalt von Neubeder sind die Arbeiter mit heftigen Streik wegen Lohnfreihaltungen in den Streik getreten. Die Klempner und Installateure haben ebenfalls beschlossen, ab heute in den Streik einzutreten. Es handelt sich um einen vorläufigen Streik und werden nur solche Betriebe betroffen, die dem Arbeitgeberverband angehören. Bei den Firmen, die die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, wird weitergearbeitet.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Schornsteinfeger. Die vom Deutschen Bauarbeiterverband für die ihm angeschlossenen Schornsteinfegerstellen mit der Schornsteinfegerinnung eingeleiteten Verhandlungen haben, nachdem sie am Donnerstag, den 22. September, verhandelt wurden, gestern zu einer Einigung geführt. Derselben wird, daß vom 1. Oktober ab, eine wöchentliche Zulage von 72 Mt. bezahlt. Demnach beträgt der Wochenlohn 336 Mt. Der Nebenlohn wurde von 7,50 Mt. auf 11 Mt. und der Mindestlohn bei Sonntagsarbeit von 25 Mt. auf 40 Mt. erhöht.

Vor der Unterzeichnung des Danzig-polnischen Vertrages.

Die seit acht Monaten zwischen Danzig und Polen über ein Wirtschaftsabkommen geführten Verhandlungen, sind nunmehr endgültig zum Abschluß gekommen. Am 29. September, nachts 11,30 Uhr, wurde festgestellt, daß nunmehr über alle Punkte sachliche und formale Übereinkunft erzielt war. Im Laufe des gestrigen Vormittags erteilte der Senat der Freien Stadt dem gesamten Parteivorstand seine Zustimmung. Der ganze Vertrag, der nach dem vorläufigen Abschluß der Verhandlungen um die Mitte des Monats August etwa 450 bis 500 Paragraphen umfaßt, ist nunmehr durch Abkürzungen und durch Zusammenlegung einzelner Paragraphen auf etwa 300 Paragraphen zusammengedrängt worden. Zur Unterzeichnung des Vertrages begeben sich die beiden Verhandlungsleiter, Senator Jencowski und Wigimister Pludnicki, voraussichtlich am 8. Oktober nach Warschau. Auch Sozialpräsident Zahm wird sich dieser Fahrt anschließen, um gelegentlich des bedeutungsvollen Aktes der Warschauer Regierung einen Besuch abzustatten.

Jahrlässige Tötung durch einen Gewehrstoß.

Der Gärtnergehilfe Kurt Mirau und der Hofbesitzer Abraham Schulz in Neudorf hatten sich vor der Strafkammer wegen jahrlässiger Tötung zu verantworten. Der Hofbesitzer hatte in seinem Hause ein Gewehr der Einwohnerversicherung und ferner ein Jagdgewehr sowie eine Pistole mit Munition. Er besaß aber keinen Waffenschein. Bei ihm wohnte der Arbeiter Gollnau, der das Jagdgewehr erhielt, um mit ihm das Gehöft vor Dieben zu beschützen. Das Gewehr wurde wieder zurückgegeben. Gollnau sah eines Tages auf der Motzkau eine Wildente. Er holte sich ohne Wissen des Hofbesitzers das Jagdgewehr mit Schrotpatrone, kam jedoch nicht zum Schuß. Das Gewehr behielt er dann bei sich im Stall. Am Sonntag, den 24. Juli fuhr der Hofbesitzer mit seiner Familie aus. Die Kinder, Gollnau und der Gärtnergehilfe blieben zu Hause. Eine 10-jährige Nichte Emma Kurzhals, kam in das Gehöft und die Kinder spielten auf dem Hofe. Plötzlich fiel ein Schuß und das Mädchen fiel zu Boden. Gollnau lief hinzu und fand das Mädchen im Blute. Es wurde nach dem Marienkrankenhaus gebracht, wo es am selben Tage verstarb. Der Gärtnergehilfe behauptet, das Gewehr sei umgefallen und dabei losgegangen. Zwei Knaben sagten dagegen aus, daß der Gärtnergehilfe das Gewehr in der Hand hatte und mit ihm scherzend nach dem Mädchen zielte. Dabei ging der Schuß los. Als Gollnau hinzu kam, sah er, wie der Gärtnergehilfe bleich das Gewehr in der Hand hatte und es zur Seite stellte. Auf die Frage des Gollnau: Was wird das nun werden? sagte Mirau, das Gewehr sei umgefallen. Der Kreisarzt bekundete jedoch, daß der Schrotstoß dem Kinde von oben und hinten in den Kopf gegangen und bei den Schläfen herausgekommen sei. Solch ein Schuß kann nicht aus einem umfallenden Gewehr kommen. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß Mirau die Fahrlässigkeit zur Last falle. Er habe sich mit dem Gewehr zu schaffen gemacht und sich nicht davon überzeugt, daß es entladen war. Wegen jahrlässiger Tötung wurde er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Schulz wurde nur wegen unbefugten Waffenscheines zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Abschluß der Ringkämpfe und der diesjährigen Varietélaison im Wintergarten.

Der letzte Tag des Ringerkampfes, der zugleich der letzte Tag der diesjährigen Varietélaison war, brachte die beiden bisher als unbesiegt gebliebenen Teilnehmer der Konfurrenz, den Weltmeister Hans Schwarz und John Koepell-Danzig zusammen. In den ersten 20 Minuten wurde der Kampf zum Stillstand gebracht. Nach der zweiten Pause versuchte der Danziger seinen Gegner mit Kravatten umzuwerfen, fiel dabei aber einem gut und sicher geführten Angriff von Schwarz nach einer Gesamtdauer von 40 Minuten zum Opfer. Um den dritten und vierten Preis standen sich noch Sawiltschek und Fehtinger gegenüber, welcher letzterer in der 27. Minute den Sieg durch eine brillant geführte Zweigang-Kombi errang. Das Resultat der von der Danziger Sportwelt mit großem Interesse verfolgten Kämpfe ist folgendes: 1. Preis 500 Mark und der Goldpokal von Danzig: Hans Schwarz (München), 2. Preis 3000 Mark und der Silberpokal John Koepell (Danzig), den 3. Preis 1500 Mark und ein silbernes Vorkampfer erhielt der Deutsch-Amerikaner Jul. Fehtinger und den 4. Preis im Wert von 1000 Mark und ein silbernes Teeservice erting Sof. Sawiltschek (Tschschelnowski). Es muß besonders hervorgehoben werden, daß dieser Ringerkampf in einwandfreier vornehmer Manier zu Ende geführt wurde. Den Kampf schloß sich eine Ziegsfeier in Diele und Bar des Wintergartens an.

Weitere Schwurgerichtssachen. Zur Verhandlung vor dem Schwurgericht sind ferner noch folgende Strafsachen angehängt worden: Am 7. Oktober gegen den Arbeiter Stephan Adner aus Danzig wegen räuberischer Erpressung. Am 12. Oktober gegen den Arbeiter Max Zierhan aus Danzig, den Arbeiter Emil Dreving aus Danzig und den Schiffszimmermann August Omland aus Gmaus wegen Diebstahls usw. Am 13. Oktober gegen den Bureauhilfsarbeiter Johann Goetz aus Danzig und den Bureauhilfsarbeiter Kurt Schlichting aus Danzig wegen Unterschlagung.

Für die Sache Rahn und Schmidt sind die ersten drei Tage frei gelassen.

Die erstmalige Veranlagung der Wohnungsbaubgaben nach dem Besch vom 15. Juli d. J. wird nach Mitteilung der Steuerverwaltung in nächster Zeit beginnen. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß für die Wohnungsbaubgabe für Räume, die gewerbemäßig zu vorübergehendem Gebrauch vermietet werden, insbesondere für Räume, die der Beherbergung von Fremden dienen, neben dem Mieter auch der Vermieter haftet. Da die Einziehung der Abgabe voraussichtlich vor Dezember d. J. nicht wird erfolgen können, so empfiehlt es sich — hauptsächlich für Hotels — die auf die einzelnen Zimmer entfallende Abgabe beim Fortzuge des Gastes einzufordern.

Die Druckkosten werden wieder teurer. Wie aus einer im Anzeigenteil vom Vorstand des Danziger Buchdruckereiverbandes erlassenen Bekanntmachung hervorgeht, werden vom 1. Oktober ab alle Druckkosten eine sehr erhebliche Steigerung erfahren. Die Preissteigerungen sind durch mehrfache Steigerung der Papierpreise, Unkosten, Löhne und Gehälter veranlaßt.

Als neueste Erwerbung der Städtischen Galerie ist in Saal 10 ein Gemälde „Stimmenbüß“ von Max Beckstein (Berlin) zur Ausstellung gelangt. Das Werk ist erst im Jahre 1920 gemalt und stellt in expressivster Farbigkeit eine Frau dar, die mit jugendlicher Intensität den Duft blühender Blumen einatmet.

Auf der Deutschen Pachtliste erfolgt ab 1. Oktober die Ausstellung von Pässen und Sichtvermerken an Wochentagen in der Zeit von 8 1/2 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags. An Sonn- und Feiertagen werden in dringenden Fällen (z. B. bei Tod und schwerer Krankheit) Pässe und Sichtvermerke in der Zeit von 11—12 Uhr vormittags erteilt.

Deutschlandliche Woche in Danzig. Bei der Woche werden auch die Schätze der Danziger Museen gebührende Beachtung finden. Herr Dr. Lu Rammie wird die vorgeschichtlichen Hausaltartümer behandeln und die Teilnehmer durch das Provinzialmuseum führen, während der Auktion am Provinzialmuseum, Herr Abramowski, über heimische Hausaltartümer (Kerzen und das Kunstgewerbemuseum Altschirgasse zeigen wird. In der Ausstellung über die Woche erteilt die Verkehrsbehörde, wie aus der heutigen Anzeige des Deutschen Heimatbundes hervorgeht.

Stadttheater Danzig. Wochenspielfplan: Montag, den 8. Okt., abends 7 Uhr (G 1): „Das Nachtlager von Granada“. — Dienstag, abends 7 Uhr (A 2): „Die Baskinnen des Königs“. — Mittwoch, abends 7 Uhr (A 2): „Zum 1. Akt: „Totisch und Verklümmter“, Komödie in drei Akten von M. Glöck u. G. Klein. Deutsch von Kommer. — Donnerstag, abends 7 Uhr (G 2): „Die Jüdin“. — Freitag, abends 7 Uhr (D 2): „2 mal 2 = 5“. — Sonnabend, abends 7 Uhr (G 2): „Der Freischütz“. — Sonntag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr (Dauerkarten haben keine Gültigkeit): „Der Fetter aus Pingaba“.

Wilhelm-Theater. Heute, Sonnabend, findet das 5. Konzert der beliebtesten Kapelle der Schutzpolizei unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters Ernst Stiebert statt. Es ist wiederum zu diesem ein ausermittltes Programm aufgesetzt. Nach dem Konzert findet ein Ball statt. Anfang 8 Uhr.

Wilhelmtheater. Wochenspielfplan: Sonnabend, den 1. Oktober: Stiebert-Konzert. Sonntag, Montag, Mittwoch und Freitag: „Wasscolchen“, Operette in drei Akten von Georg Olshausen.

Die Musik der Schutzpolizei findet am Sonntag von 11 1/2 Uhr ab auf dem Langenmarkt statt. Programm: „Die schöne Galathea“ von Suppé, „Bis ans Ende der Welt“ mit Dir. Lied von Ball, „Leben heißt Lieben“, Walzer von Joffe, „Die große Kanone“, Potpourri von Linke, „Friedericus Rex“, „Armeemarsch von Radetzky“.

Volkshochschule Danzig. Montag, den 8. Oktober, beginnt die Vorlesung von Dr. Zint über Goethe, die zehn Vorträge umfassen wird; Donnerstag, den 8. Oktober die Vorlesung von Dr. Gypich über das Wesen des Geldes. Näheres siehe Anzeige.

Neue Probierprobe der Kalifornischen Weinhandlung. Die bekannte Weinhandlung von Martin Neumann hat in der Portschafengasse 2 eine neue Probierprobe verbunden mit kalter Küche eröffnet. Wir verweisen auf den Anzeigenteil in der heutigen Ausgabe.

Polizeibericht vom 1. Oktober 1921. Festgenommen: 29 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 20 in Polizeihast, 1 wegen Bettelns. Obdachlos: 4 Personen.

Zoppot. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde zunächst an Stelle der ausgeschiedenen Frau Geheimrat Matthei Frau Dr. Beske eingeführt. Bei der als dringlich bezeichneten Vorlage auf Erhöhung der Gaspreise vom 29. Sept. ab, wurde die Dringlichkeit nicht anerkannt und die Vorlage zur nächsten Sitzung vertagt. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, für die Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe in Oppau 10 000 Mt. zu bewilligen, wurde vom Genossen Bäcker warm begrüßt. Der christliche Stadtvater Splett fand die Summe für Zoppot zu hoch. Dr. Czarnowski (Dinatl.) will nur 2000 Mark bewilligen. Dieser Antrag fand Annahme. Ein weiterer Dringlichkeitsantrag, für die Familien der Erwerbslosen 2 Zentner Winterkartoffeln pro Kopf, und für die Familie 2 Raummeter Holz oder 10 Zentner Torf zum halben Preise zu überlassen, gab dem deutschnationalen Dr. Czarnowski Anlaß, seinen Zorn über die Arbeitslosen auszulassen. Der Antrag wurde ebenfalls zurückgestellt.

Die Zustimmung zu den neuen Schlachthofstarifen wurde verweigert. Die Einstellung einer Hilfskraft für das Steueramt wurde genehmigt. Die Abänderung des Ortsstatuts über Abgaben zum Wohnungsbau wurde ohne Aussprache genehmigt. Die Bewilligung der Mittel zum Erweiterungsbau der Schule in Steinfließ erfolgte in der Höhe von 5 450 000 Mark. Die Summe wird durch Anleihe aufgebracht. Genosse Bäcker begrüßte die Vorlage und fügte den Wunsch hinzu, daß genügend große Klassenräume geschaffen werden. Die Abortanlagen müßten aus praktischen Gründen im Hause untergebracht werden. Zurückgestellt wurde der Punkt: Bewilligung zum Erweiterungsbau des Kurhauses. Die Genehmigung der mit der Firma Sommerfeld abzuschließenden Verträge über Herstellung von Wohnhäusern wurde noch nicht erteilt. Es handelt sich um die Herstellung von Wohnhäusern zwischen Hubertus-Allee, Sternweg und Wald.

Mittel aus dem Ueberflusse der Sparkasse zur Beschaffung eines Eseschrankes für die Nebenstelle I der Sparkasse, bezuglich eines Eseschrankes für die Hauptkasse der Sparkasse wurden in Höhe von 63 000 Mark bewilligt. Genosse Matthei rügte hierbei, daß den Fraktionen ungenügendes Material vorgelegt worden sei für die Materialarbeiten am Unzeum wurden 20 000 Mark nachbewilligt. Für die Instandhaltung der Häuser Danzigerstraße Nr. 120—22 wurden aus Mitteln der Wohnungskasse 1150 Mark nachbewilligt. Außerdem wurden bewilligt zum Ankauf von Pferden und Wagen für die Stadtgärtnerei 17 000 Mark. Außer einigen anderen Bewilligungen werden die Mittel für den deutschen Frauenverein für die von ihm betriebenen Anstalten „Altenheim“ und „Säuglingsheim“ wie folgt genehmigt. Für das Altenheim eine Nachbewilligung von jährlich 20 000 Mark und für das Säuglingsheim eine solche von 25 000 Mark. Genosse Bäcker befürwortete diese Vorlage mit dem Hinweis, daß meistens armen Menschen damit geholfen wird. Das Altersheim ist für die Invaliden zugleich Krankenhaus.

Filmschau.

Am U. A. Theater rollt der Film „Der Schrecken der weißen Hölle“. Er führt in die düsteren Klänge und macht mit dem entsetzlichen Leben eines Polypen vertraut. Bei der Rückkehr in die Zivilisation werden die Rückwanderer von einem furchterlichen Schreckenswesen überfallen, das den Tod der Frau zur Folge hat. Beachtliche Naturaufnahmen erhöhen den Wert des Films. Der verzweifelte Kampf gegen den Schreckenswesen gibt ihm einen dramatischen Einschlag. „Zwischen den Felsen“ zeigt das Liebespiel einer Weltkämpferin, die von drei Liebhabern begehrt, dem Tode des einen zum Opferfall. Vorzügliches Spiel mit eingestreuten, wunderbaren Naturaufnahmen aus der winterrischen Hochgebirgswelt machen auch diesen Film sehenswert.

Zentraltheater. Der nach verdichteten Dreifach-Novellen bearbeitete Film „Aus dem Schwarzbuch eines Polizeikommissars“ gibt ausführlichen Einblick in die Ausführung von Verbrechen. Die gerissenen „Schwarzen Jungen“ sowie die typischen Gelegenheitsverbrecher werden bei der „Arbeit“ gezeigt. Die „Grotte“ „Der Teufel auf Schloß Emmerode“ spielt in hochdramatischen Szenen und spiegelt den Kampf wider, den ein elterliches Mädchen gegen habgierige Verwandten zu bestehen hat. Das Grotte des Films ist stark betont und gibt er dadurch zu großer Heiterkeit Anlaß.

Verfammlungs-Anzeiger

Rein Arbeiterjugend Chro: Sonntag, den 2. Oktober, nachm. 4 Uhr: Feiern- und Gesangsabend. Die Wiederbühler sind mitzubringen.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten: Montag, den 3. Oktober, spricht der Kollege Karl Schneider aus München in öffentlicher Versammlung über das Thema „Die Gewerkschaftsfrage — eine Nachfrage“.

Deutscher Metallarbeiterverband: Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung bei Steppuhn, Schilb. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag in Jena. 2. Erloßwahl zur Landesverwaltung. 3. Vertrauensleute und Delegierte erhalten besondere Einladung. Soweit die Nebenräume ausreichen, können Verbandsmittglieder als Zuhörer teilnehmen. Jedoch ist nur Zutritt gestattet gegen Vorlegung des Verbandsbuches.

Standesamt vom 1. Oktober 1921. Todesfälle: L. d. Töpfergehilfen Emil Prathus, 8 W. — L. d. Arbeiters Albert Duffe, 10 W. — Frau Pauline Jacobi geb. Voll, fast 53 J. — Frau Johanna Meirouke geb. Admkte, 49 J. 4 W. — Unehelich: 1 Sohn.

Seutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Ausgl. 1,85) 1,90	am Vortage 1,75
Dollar: —	—
Engl. Pfund: —	—
Frans. Franks: —	—
Schweiz. Franks: —	—



Wohlfahrtsausgaben vom 1. Oktober 1921.

29. 9.	30. 9.	Montagsruhe	— 0,46	— 0,49	
Zawisch	+ 0,28	+ 0,37	Diesel	— 0,62	— 0,54
Wahlbau	+ 0,51	+ 0,51	Pichau	— 0,62	— 0,63
Plod	+ 0,21	+ 0,21	Einlage	+ 2,54	+ 2,28
	30. 9.	1. 10.	Schwenhau	+ 2,80	+ 2,50
Thorn	— 0,18	— 0,18	Schnau O. P.	+ 6,24	+ 6,22
Jordon	— 0,35	— 0,38	Walgensberg O. P.	+ 4,64	+ 4,64
Calu	— 0,50	— 0,50	Neuhofersdorf	+ 2,20	+ 2,22
Brandenburg	— 0,40	— 0,41	Arnau	+ 1,32	+ 1,22
Kurzbrack	— 0,01	— 0,05			

Der deutsche Arbeitsmarkt.

Die Zahl der Erwerbslosen, die am 1. März 1921 ihren Gehaltsstand mit 426 892 (346 728 männliche und 80 164 weibliche) erreicht hatte, ist bis zum 1. August auf 269 424 (206 317 männliche und 63 107 weibliche) zurückgegangen. Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes hat eine wesentliche Besserung erfahren. Ob dieselbe von Dauer ist oder lediglich auf die vermehrte Nachfrage infolge der schlechten Valuta zurückzuführen ist, kann allerdings noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Das Baugewerbe und fast die ganze Industrie ist ausreichend beschäftigt. Sehr starken Bedarf an Arbeitskräften hat der deutsche Bergbau, in welchem allerdings die Einstellung eine Frage der Wohnungsverhältnisse ist. Die lebhaftere Bautätigkeit (städtische Bauten, Eisenbahnbauten, Fabrikverzierungen usw.) halten eine vermehrte Beschäftigung der Steine- und Zementindustrie zur Folge, ebenso verzeichnen die Ziegeleien und Zementfabriken eine steigende Konjunktur. Eine gute Konjunktur weisen auch Textilindustrie und Konfektion auf, in der ersten Wuch mit Nebenstunden und Doppelschichten gearbeitet werden, weil der Handel nur kurzfristige Verträge mit der Industrie einget.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber, Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck und Verlag von J. Gehr u. Co., Danzig.

Stadtheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr:
Dauerkarten D 1. Ermäßigte Preise.

Hamlet

Prinz von Dänemark

Tragödie in 13 Aufzügen von William Shakespeare.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Metz.
Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr!

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Dritte (literarische) Morgenfeier. Dr. Erich Drag, Rektor der Universität Berlin, "Die Niederdeutsch". (Theodor Storm — Dittler u. Ellencron — Hermann Ohns — Gorch Fock).

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert: "Die Jüdin." Große Oper in 5 Akten.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Norman

Heute, Sonnabend, den 1. Oktober, Anfang 8 Uhr

Stieberitz-Konzert

mit nachfolgendem Ball

Montag, den 3. Oktober, Anfang 7 1/2 Uhr

„Mascottchen“

Operette in 3 Akten von Georg Okonkowski
Vorschauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (4996)

„Libelle“

Täglich Musik und Gesang

Künstlerspiele

Hotel Danziger Hof

Dir.: Alex Braune. Künstl. Leitung: Oskar Wehle

Luba Vortragskünstlerin
Oskar Wehle Chansonnier
eigener Dichtung
in Ton und Wort
2 Borellis
Leute mit Nerven

Pilz u. Neumann
Die Urkomischen
Senorita Pepita y Escamilo
Spanischer Ver-
wandlungstanzakt
4 Daniels
Humor, Akrobaten

Gastspiel ELSA KRÜGER

vom Moskauer Ballett

Lotte Holgar Solo-Tänzerin vom Ballett Charall

Willi Agoston Musik. Clown

EMANUEL STEINER

Redekünstler u. Historiker, das Rätsel d. Mathematik

Anfang 7 1/2 Uhr

Anfang 7 1/2 Uhr

Sonntag zwei Vorstellungen

nachmittags 4 Uhr

KÜNSTLERDIELE

Die Original Wiener Schrammeln

Stimmung! American Bar

(5240)

Hotel „Danziger Hof“

Wintergarten

Täglich: **5 Uhr-TEE** mit Tanzvorführungen
Kapelle Weinroth

Eigene Konditorei American-Bar

Abends: **Reunion!!** Kapelle Valesco

Vorzügliche Küche Große Auswahl gutgepfllegter Weine

Musterhafter Restaurationsbetrieb.

5262

Philharmonische Gesellschaft

B. V.

Mittwoch, den 5. Oktober, 7 1/2 Uhr abends

Schützenhaus:

1. Symphoniekonzert

Dirigent: Henry Prins.

Solistin: **Alma Moodie** (Violine)

Orchester: Die verstärkte Stadtheaterkapelle

Programm: Weber, Oberon-Ouvert; Brahms, Symph. D-dur; Bruch, Violinkonzert D-moll.

Eintrittskarten bei **John & Rosenberg**, Kohlenmarkt, und an der Abendkasse. (5204)

Volkshochschule Danzig.

Dr. H. Zint: **GOETHE** 10 Vorträge

Ort: Aula der Oberrealschule St. Petri, Hansaplatz.

Zeit: Montag 5 1/2-7 Uhr, Beginn: 3. Oktober

Dr. E. Eppich: **Das Wesen des Geldes**

5 Vorträge

Ort: Oberrealschule St. Petri, Zeit: Donner-
stag 7-8 Uhr, Beginn: 6. Oktober.

Vorlesungsverzeichnisse der Volkshoch-
schule zu haben bei W. F. Burau, Danzig,
Langgasse 39 und Langfuhr, Am Markt.

Vorlesungskarten nur bei W. F. Burau,
Danzig. 5260

Café Kaiserhof

Hlg. Geistgasse 43

Dir. M. Radahl, Telefon 2481.

Neu! **Lautenschläger-Duo** Neu!

Das Beste auf diesem Gebiet.

Mizzi Assigal **Robert Bronne**

d. steirische Nachtigall Grottesk-Komiker

Kommen! Hören! Staunen!

Voranzeige!

Mittwoch, den 5. Oktober 1921

Große Wohltätigkeits-Vorstellung

zu Gunsten der Hinterbliebenen in Oppau.

Gut gepflegte Getränke. Angenehmer Familien-Aufenthalt.

Besondere Weindiele

Keine Kabarettpreise. Eintritt 1,-

Bis 2 Uhr nachts geöffnet.

Restaurant R. Kresin

Langfuhr, Brunshöfer Weg Nr. 38.

Endstation der Straßenbahn Brösen-Langfuhr.

Jeden Sonntag: (5163)

Groß. Kaffee-Freikonzert

Außerdem empfehle ich meinen neuen Saal für

Vereine und Festlichkeiten

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Jetzt!

ist
der richtige Zeitpunkt,
den für die nächsten Wochen und Monate etwa
geplanten Einkauf

von
Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Damen-
u. Kinder-Konfektion, Leinen- u. Baum-
wollwaren, Damen- u. Herren-Wäsche,
Trikotagen, Wollwaren, Gardinen,
Teppichen, Tischdecken, Möbelstoffen
usw. vorzunehmen.

Dadurch, daß wir uns wohlweislich vor Monaten, und gerade zur billigsten Zeit, mit allen Artikeln in unseren sehr umfangreichen Spezial-Abteilungen sehr reichlich versorgt haben, bieten wir angesichts der fortschreitenden Teuerung **jetzt enorme Vorteile!** Man läßt diesen günstigen Umstand und warte nicht länger!

Rechtzeitige große Abschlässe

in wollenen, seidenen, baumwollenen und leinenen Geweben ermöglichen uns, trotz andauernder Warenknappheit und Teuerung, unsere überaus großen Bestände
zu äusserst vorteilhaften Preisen
verkaufen zu können.

Sehr hohe Stoffpreise

sind nicht mehr abzuwenden. Die Neueinkäufe kränken schon jetzt daran. Grund: Steigerung der Rohstoffe bis 100 Prozent. Für die nächsten Monate treten verteuert hinzu die hohen Zölle, erhöhte Umsatz- und Luxussteuer sowie die neuesten Lohnforderungen. Jeder Gedanke an Verbilligung ist daher Phantasie, und empfiehlt es sich im eigenen Interesse

den Bedarf baldigst zu decken.

Wir bitten um eingehende Besichtigung unserer großen Spezial-Auslagen.

Aussteuer- und Modehaus Potrykus & Fuchs

Inh. Christian Petersen, Eckhaus Jopengasse 69, Gr. Scharnackergasse 7-9, Heilige Geistgasse 14-16.

5250